Nummer 4 Berlin, 23. Januar 1932 Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750–6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Der Degen des Ausbeutertums

In der nationalsozialistischen Bewegung finden sich abgedankte Militärs, überflüssige Prinzen, entwurzelte Existenzen, gerissene Demagogen und hysterische Weiber mit einer zahlreichen Gefolgschaft von hungernden und verzweifelnden Menschen aus allen Volksschichten zusammen. Die Militärs wollen wieder kommandieren, die Prinzen ihr faules Dasein erhalten, die Demagogen politische Geschäfte machen, und die unteren Haufen erwarten von dem Nationalsozialismus Beendigung ihrer trostlosen Lage, ihrer Verzweiflung; sie hoffen auf Stellung und Brot. Diese armen Menschen werden von den Demagogen beschmust und verhetzt, von den Militärs organisiert und gedrillt. Zu welchem Zwecke, scheint diesen Ahnungslosen noch nicht zu dämmern.

Es versteht sich, daß eine solche Bewegung Geld kostet, ungeheuer viel Geld. Es wird gespendet von Großindustriellen, dem Adel, der Hochfinanz und Großgrundbesitzern. Kurz, von ausgesprochenen Feinden der Arbeiterschaft, von den Leuten, die dem Arbeiter den letzten Pfennig aus der Lohntüte holen möchten, die die Beseitigung der Arbeitslosenunterstützung verlangen und die am lautesten gegen Soziallasten und Steuern wettern. Diese selben Leute, die dem Arbeiter keinen Pfennig Lohn, dem Arbeitslosen keinen Pfennig Unterstützung, dem mittellosen Bürger keine soziale Hilfe gönnen, schmeißen aber Millionen und aber Millionen den Nationalsozialisten hin. Millionen sagen wir, denn wären es nicht Millionen, die nationalsozialistischen Führer könnten nicht in Saus und Braus leben, könnten sich nicht fürstliche Paläste einrichten, könnten nicht in luxuriösen Automobilen das Land durchfahren, könnten nicht die Sturmtruppen bewaffnen und besolden und nicht für einen Vortrag 40 bis 2000 Mark bekommen.

Daß die ausgesprochenen Lohnquetscher und Arbeiterfeinde mit einem Male so freigebig sind, hat seine guten Gründe. Die Millionen, die sie den Nationalsozialisten spenden, meinen sie nicht umsonst zu geben. Sie erwarten Leistungen dafür. Sie verlangen, daß der Nationalsozialismus ihnen ihre Herrschaft, ihre Vorrechte, ihre Pfründen, ihr Wirtschaftssystem aufrechterhält. Die ausgesprochenen Lohnquetscher und Arbeiterfeinde erwarten von dem Nationalismus, daß er die Arbeiterschaft niederhält, die Gewerkschaften zerschlägt und die politischen Rechte und Freiheiten der Proletarier vernichtet. Der Nationalismus ist der ausführende Arm der Todfeinde des freiheitlichen Bürgers, der Degen des Ausbeutertums gegen die Arbeiterschaft.

Was Arbeiter und Bürger zu gewärtigen haben, wenn der Degen des Großkapitals erst einmal ganz frei schalten und walten kann, offenbart der Plan des nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Dr. Best von Alzey in Hessen. Der Plan ist für die Machtübernahme der großkapitalistischen Soldknechte entworfen. Er enthält neben ähnlichem folgende Lieblichkeiten:

Die anordnende Macht steht allein bei den (nationalsozialistischen) SA und Landeswehren ...

Die Befehlhaber der SA und Landeswehren befehlen, daß jeder ihrer Anordnungen sofort Folge zu leisten ist. Widerstand wird grundsätzlich mit dem Tode bestraft ...

Alle Lebensmittel stehen zur Verfügung der SA und der Landeswehren und sind an deren Beauftragte auf Anordnung ohne Entgelt abzuliefern. Jeder Verkauf und jede tauschweise Veräußerung von Lebensmitteln ist verboten. Als Strafe wird Einziehung des gesamten Vermögens und daneben Freiheits- und Todesstrafe in Aussicht gestellt.

Einrichtung von Feldgerichten zur Aburteilung von Verstößen ..., um den Anschein der Willkür zu vermeiden.

Jeder Deutsche männlichen und weiblichen Geschlechts ist vom 16. Lebensjahr zur Dienstleistung nach Anordnung der Behörden verpflichtet ...

Diese Offenbarung des Amtsanwalts von Alzey bringt nun zwar nichts Neues. Von den Nationalsozialisten haben wir schon hundertfach gehört, daß, wenn das Dritte Reich anbricht, „Köpfe rollen", die Gewerkschaften zerschlagen, die „Marxisten" ausgerottet, alle Widerspenstigen niedergeknüppelt werden sollen. Immerhin zeigt diese Offenbarung auch den Bauern und Geschäftsleuten, was ihnen blüht, wenn die großkapitalistischen Söldner an die Macht kommen: Zwangsarbeit für die Proletarier, Enteignung der Geschäftsleute und Bauern, Feldgerichte für die kleinen Übeltäter und Erschießungen für alle. Und jeder ist mit seiner Ernährung von dem guten Willen der SA und der Landeswehren abhängig. Was Hungertod in Masse bedeutet.

Auf diese Weise soll den Deutschen ihr Heil beschert werden. Ob die Bescherung wirklich gelingt, ist eine offene Frage. Man kann meinen, daß vor der Vollendung des Dritten Reiches die Pleite seiner geldspendenden Gönner vollendet sein wird. Sie haben alles Zeug dazu, dies zu beschleunigen. Auf jeden Fall würde es schon am Geburtstage des Dritten Reiches ein schreckliches Erwachen geben, an dem auch die reichen Aushälter des Nationalsozialismus voll teilhaben werden. Der Ansicht sind übrigens auch andere Leute, wie beispielsweise der bayerische Bauernführer Dr. Heim, der in der Zeitschrift „Schönere Zukunft" schreibt:

„Es wird im Falle des Nationalsozialismus ein furchtbares Erwachen sein, wenn die Geldspender aus Industrie, Banken, Versicherungsgesellschaften, Handelsfirmen statt Besserung ihrer Lage den Zusammenbruch erleben, wenn diejenigen, die gesagt haben: ‚Schlechter kann es nicht mehr werden!' einsehen, daß es wohl noch schlechter kommen kann, wenn Kleinrentner abermals ihre Sparpfennige verlieren, wenn Beamte einsehen, daß kein Gehalt schlechter ist als ein gekürztes, wenn Arbeitslose einsehen, daß eine karge Unterstützung besser ist als keine, wenn den Bauern nach dem hessischen Verschwörungsrezept ihre Produkte ohne Entgelt weggenommen werden."

So spricht denn sehr Gewichtiges dagegen, daß die Kapitalisten die erhoffte Freude an ihrem kostspieligen Degen haben werden. In der Stunde, wo er ganz in Aktion treten würde, wäre es um die kapitalistische Mißwirtschaft ganz geschehen. Ihr Sterben zu beschleunigen, dazu ist der Degen vortrefflich geeignet. Er wird dafür sorgen, daß der Kapitalismus nicht im Bette stirbt.

Doch wie dem nun auch sein möge, die Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen sich für alle Möglichkeiten bereitmachen. Denn um ihren Lohn, um ihre Freiheit, um ihr Leben geht es in erster Linie. Was ihnen blüht, wenn sie sich von dem Degen des Ausbeutertums überraschen, übermannen ließen, ist in dem Plane des nationalsozialistischen Edelmannes von Alzey nachzulesen. Der Nationalsozialismus ist nicht groß, weil er groß ist, sondern weil sich die Arbeiterschaft klein zeigt. Daß sich das ändert, ist es höchste Zeit.

Gegen die Anschläge und Missetaten der nationalsozialistischen Banden die Entschlossenheit der organisierten Arbeiterschaft! Saumseligkeit müßte sich schwer rächen. Die organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten haben eine Eiserne Front gegen den Nationalsozialismus gebildet. Sie wird beseelt von dem Willen, die Anschläge gegen die Freiheit und die Lebensmöglichkeit des arbeitenden Volkes abzuwehren. Diese Eiserne Front gilt es zu stärken. In sie gehört jeder Republikaner. Von ihrer Stärke hängt Wohl und Wehe der deutschen Arbeiterklasse ab.

Kein Ausweg aus der Kreditkrise?

Die Ausführungen des deutschen Konjunkturinstituts zur Kreditkrise in seinem letzten Vierteljahrsheft malen schwarz in schwarz hinsichtlich der verhängnisvollen Wirkungen, die die Kreditkrise in der nächsten Zukunft herbeiführen könnte. Das Konjunkturinstitut schildert die Lage der Banken und der Sparkassen, die dadurch gekennzeichnet ist, daß ihre Einlagen ständig zurückgehen, während die Forderungen der Banken und der Sparkassen nicht eingetrieben werden können. Sie sind zum Teil eingefroren, zum Teil erst in späterer Zeit fällig. So sank der Einlagebestand der Kreditbanken seit Mitte 1930 um 5 Milliarden Mark oder um 34 vH, während in der gleichen Zeit die Schuldner nur um 0,9 Milliarden Mark oder um 11 vH abgenommen haben. Allein seit Anfang Mai v. J. schrumpften die Einlagen um 26 vH zusammen, während nur 7 vH der Schulden zurückgezahlt wurden.

Noch ungünstiger gestalteten sich die Verhältnisse bei den Sparkassen, die ihre Außenstände — langfristige Anlagen und Kommunaldarlehen — nicht eintreiben können, während ihnen dauernd große Summen abgehoben werden. In fünf Monaten haben die Sparkassen so viel an Einlagen verloren, wie im Laufe des ganzen Jahres 1930 aufgebracht wurden. Die Einzahlungen sind Monat für Monat geringer als die Auszahlungen. Zum überwiegenden Teil sind sie Auswirkungen der Vertrauenskrise.

Aus diesen zweifellos vorhandenen Tatsachen zieht das Konjunkturinstitut düstere Folgen für die Zukunft. Bisher konnten die abgehobenen Einlagen nur so ausgezahlt werden, daß die Reichsbank den Banken und den Sparkassen Barmittel zur Verfügung stellte. Sollten die Abhebungen von Einlagen andauern, sollte die Reichsbank zur Auszahlung der Einlagen weiter stark in Anspruch genommen werden, so müßte — bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Deckungsquote der Banknoten — die Reichsbank, um sich zu entlasten, die Wirtschaftskredite einschränken. Es besteht somit die Gefahr — schreibt das Konjunkturinstitut —, daß dem Betriebsmittelbedarf der Wirtschaft nicht entsprochen werden kann und daß eine Einschränkung des Kredits gerade für die noch in den Produktionsprozeß eingeschalteten Betriebe nicht zu umgehen ist. Da die Banken ihre Forderungen von den unterdeckten und festgefrorenen Schuldnern nicht eintreiben können, würde dann ein erheblicher Druck gerade auf die Unternehmen ausgeübt, die noch die letzte Stütze von Produktion und Beschäftigung sind!

Sind nun die großen Gefahren, die das Konjunkturinstitut an die Wand malt, unabwendbar? Freilich ist die Abhebung der Einlagen bei den Banken und den Sparkassen wegen der Vertrauenskrise außerordentlich schädlich und kann zu schweren Störungen der Wirtschaft führen. Diese Gefahr kann jedoch nicht dadurch gebannt werden, daß die Reichsbank die Kredite den gesunden und noch beschäftigten Unternehmen verweigert, damit die Deckung der Banknoten durch Gold oder Devisen nicht allzu stark zurückgeht. Glücklicherweise gelang es, das Vorurteil zu überwinden, daß der Wert des Geldes etwa von der Deckung der Banknoten abhänge. Wenn nun Einlagen abgehoben und in Form von Banknoten gehamstert werden, was bereits bisher in recht großem Umfang erfolgte, so wird dadurch die vorhandene Geldmenge nicht vermehrt, sondern im Gegenteil verringert.

Was wäre aber die Folge der Krediteinschränkung der Reichsbank, die sie zur Verbesserung der Notendeckung vornehmen sollte? Wenn gesunde Unternehmungen keine Kredite mehr erhalten und sie die Produktion einschränken, wenn die Zahl der Zusammenbrüche wächst, wenn durch ansteigende Arbeitslosigkeit die Staatseinnahmen weiter sinken, so würde erst recht und nur dann die allgemeine Panik entstehen, die zur plötzlichen Abhebung der Einlagen führen müßte. Soll man, um der Gefahr der verminderten Notendeckung zu entgehen, einer Gefahr, die in Wirklichkeit überhaupt nicht besteht und auch nicht als solche empfunden wird, das Geld- und Kreditwesen einer ungleich größeren Gefahr aussetzen? Es würde durch Krediteinschränkung nur das erreicht, was man mit falschen Mitteln zu vermeiden sucht.

Man müßte das Problem von der anderen Seite angreifen: Mit Hilfe von Reichsbankkrediten soll selbst bei verringerter Notendeckung, in den Grenzen, in denen eine Kreditvermehrung in Deutschland möglich ist, Arbeit beschafft, die Arbeitslosigkeit vermindert, der Produktionsumfang erhöht werden. Viele Kredite könnten dann wieder auftauen. Die Kurse der Wertpapiere würden steigen und damit die Sicherheit der Kredite. Das Vertrauen in die Wirtschaft könnte zurückkehren. Die durch die Vertrauenskrise erfolgten Abhebungen der Einlagen würden aufhören oder sich wesentlich vermindern.

Das untaugliche Schwundgeld

In dieser Zeit der furchtbaren Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit entstehen die verschiedensten und vielfach abenteuerlichsten Pläne zur Behebung der Wirtschaftskrise. Zu den Kunstgriffen, die die von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen herbeigeführten schweren Störungen der Wirtschaft beseitigen sollen, gehört vor allem das Operieren mit dem Geld. Währungs-Doktoren treten in großer Anzahl auf, jeder hat ein Zaubermittel an der Hand, um das brachliegende Geld wieder ins Rollen zu bringen und damit die Krise zu beheben. Das Feder-Geld der Nationalsozialisten, die Binnenwährung Hugenbergs und andere Währungswunder sollen die Hilfe bringen. In dem Folgenden möchten wir uns nur mit dem besonderen Fall des Schwundgeldes beschäftigen, für das in Deutschland schon in der Inflationszeit eifrig Propaganda gemacht wurde und das viele Anhänger auch in proletarischen Kreisen besitzt. In letzter Zeit lebte diese FFF-Bewegung (Freiland, Freigeld, Festwährung) wieder auf.

Worin besteht nun das Schwundgeld? An Stelle der gegenwärtig in Umlauf befindlichen Banknoten sollen solche treten, deren Wert Woche für Woche abnimmt. Silvio Gesell, dem Begründer der Freigeldlehre, schwebten Banknoten vor, bei denen der Wertschwund wöchentlich ein Tausendstel beträgt, so daß zum Beispiel ein am 1. Januar in den Verkehr gebrachter Tausendmarkschein am Ende des Jahres nur mehr einen Nominalwert von 948 M haben soll. Im Laufe des Jahres tritt also ein Geldschwund von 5,2 vH ein. Die Wirkung soll die Beschleunigung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes sein. Die Geldbesitzer sollen durch die Gefahr der Geldentwertung gezwungen werden, die Banknoten rasch loszuwerden. Die Hortung — Hamsterung — des Geldes soll durch den Wertschwund beseitigt werden. Deshalb wird vom Schwundgeld die Belebung des Absatzes und der Produktion erwartet.

In der Zeit der Wirtschaftskrise liegen in der Tat große Kapitalien brach, ohne die Wirtschaft zu befruchten, ohne Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Deshalb wäre es sehr erwünscht, daß diese Kapitalien wieder in Bewegung kommen. Kann das Schwundgeld diesen Erfolg verbürgen?

Bevor wir diese Frage beantworten, möchten wir hervorheben, daß Silvio Gesell in seiner Freigeldlehre ganz andere Dinge vorschwebten, als die Beseitigung oder Erleichterung der Krise durch erhöhte Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes. Vielmehr hat sich Silvio Gesell durch sein Schwundgeld dasselbe hehre Ziel gesetzt, was jetzt

Aus dem Inhalt

Seite
Der Degen des Ausbeutertums — Das untaugliche Schwundgeld 19
„Herunter mit den Löhnen!" — Maßregelung von Betriebsräten — Arbeiterverhältnisse im faschistischen Paradies 20
Das Versuchskarnickel — Das Leben der Marie Szameitat 21
Erleichterungen bei der Lohnsteuer — Zurück zur Gewerkschaft! — Vom Vorstand — Jubilarfeiern 22
Ein langsam sterbender Staat — Kein Kanadier soll hungern 23
Verchromung von Meß- und Arbeitswerkzeugen — Reform der Rechtschreibung — Schriftenschau 24

in der nationalsozialistischen Propaganda verkündet wird, nämlich die Brechung der Zinsknechtschaft. Das Schwundgeld sollte für Gesell das Mittel sein, den Zins als Kostenelement der kapitalistischen Produktion überhaupt auszuschalten.

Kehren wir nun zu unserer Frage zurück, zur Frage, ob das Schwundgeld durch Beschleunigung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes das brachliegende Kapital in Bewegung setzen kann. Diesen Erfolg kann das Schwundgeld nicht gewährleisten. Die Anhänger des Schwundgeldes vergessen die für die moderne Kreditwirtschaft entscheidende Tatsache, daß der Großverkehr heute nicht mit Bargeld, sondern bargeldlos abgewickelt wird. Das brachliegende Kapital liegt nicht in Form von Banknoten in den Taschen der Einkommensbezieher und der Unternehmungen, sondern liegt bei den Banken. Die Banknoten selbst dienen zum größten Teil zur Bezahlung von Löhnen, die im Laufe der Woche zum Lebensunterhalt sowieso ausgegeben werden. Das Schwundgeld kann und braucht hier keine Änderung herbeizuführen. Sofern die Arbeiter aus ihrem Lohneinkommen sparen, legen sie ihre Ersparnisse bei den Sparkassen oder anderswo an, wo sie vom Schwundgeld unberührt bleiben. Der Kaufmann hebt das ihm von den Verbrauchern zugeflossene Geld ebenfalls nicht in bar auf, da er es entweder zur Schuldenzahlung verwendet oder aber als Guthaben bei den Banken unterhält. So bedeutet das Schwundgeld im wesentlichen nichts anderes als eine Besteuerung der Banknoten, die ihre Besitzer — das sind insbesondere die Arbeiter — trifft, ohne die Beschleunigung des Geldumlaufs vor allem im bargeldlosen Verkehr zu fördern.

Kann das Schwundgeld demnach zur Erleichterung der Depression nicht den geringsten Dienst leisten, so kann es andererseits sehr viel schaden durch die Verwirrung, die es in das Geldwesen hineinbringt. Bei der schon vorhandenen Erschütterung des Vertrauens in das Geld würde die Einführung des Schwundgeldes an Stelle des gegenwärtigen Geldsystems und damit auch die Abkehr von der Goldwährung zugunsten einer Indexwährung das Mißtrauen gegen das Geld im In- und im Auslande außerordentlich verstärken. Die Folge wäre zunächst die starke Verschlechterung des deutschen Geldwertes im Ausland, was zu größten Störungen des Waren- und Kreditverkehrs mit dem Ausland führen muß. Die Inflation, die auf Grund des Schwundgeldes an sich vielleicht nur in geringem Umfang aufzutreten brauchte, müßte infolge der Erschütterung des Vertrauens und damit der Verschlechterung der Wechselkurse ein gewaltiges Ausmaß annehmen.

Wie man hört, wurde an verschiedenen kleinen Orten die Einführung des Schwundgeldes bereits versucht, und nach Angabe seiner Anhänger sogar mit Erfolg. Die Arbeiter und die Kaufleute waren bereit, das Schwundgeld in Zahlung zu nehmen. Der Erfolg, wenn wir einen solchen unterstellen, beruhte in diesen Fällen nicht auf einer Beschleunigung der Umlaufgeschwindigkeit, sondern auf der Vermehrung der Geldmenge, die entstand, indem das neu ausgegebene Schwundgeld neben das vorhandene Geld trat. Betriebe, die sonst keinen Betriebskredit erhielten, konnten, da das Schwundgeld, wenn auch beschränkt, in Zahlung genommen wurde, weitergeführt werden.

So handelte es sich in diesen Fällen um eine einfache Krediterweiterung, die mit dem Freigeldsystem an sich nicht das Geringste zu tun hat. Eine Krediterweiterung wäre zur Erleichterung der Krise außerordentlich erwünscht, nur sind ihr heute ziemlich enge Grenzen gesetzt, soll die Inflation vermieden werden. Solange die Krediterweiterung mit Schwundgeld nur in einigen Dörfern betrieben wurde, konnte sie freilich, da sie im Vergleich zur gesamten umlaufenden Geld- und Kreditmenge verschwindend geringfügig war, keine Inflation herbeiführen. Trotzdem war das Verbot der „Notgelder" durch die Notverordnung völlig gerechtfertigt, da eine Ausdehnung dieser Notgelder und damit eine übermäßige und vor allem nicht kontrollierte Ausdehnung des Geldumlaufs zur Inflation hätte führen müssen, um so mehr, da das Vorhandensein verschiedenster Notgelder neben dem gesetzlichen Geld eine heillose Verwirrung gestiftet hätte, die immer der beste Nährboden für eine Inflation ist. A. H.

Maßregelung von Betriebsräten

Die Kläger waren bei der Firma Brinker Eisenwerk M. H. Müller in Brink bei Hannover beschäftigt. Sämtliche Kläger waren Mitglieder des Betriebsrats bei der Beklagten. Am 1. Dezember 1930 hing die Betriebsleitung im Betriebe eine Bekanntmachung aus, worin eine Neuregelung der Akkorde ab 1. Dezember 1930 angekündigt wurde. Die Arbeiter hielten sofort mit Erlaubnis der Beklagten eine Versammlung ab und forderten, die „Bekanntmachung" zu entfernen. Als das abgelehnt wurde, erklärte der Betriebsratsvorsitzende D., daß die Belegschaft die Arbeit einstelle. Das geschah. Am 22. Dezember 1930 wurde eine Vereinbarung getroffen, nach der Maßregelungen aus Anlaß des Streiks nicht vorgenommen werden dürfen. Trotzdem wurde dem Betriebsrat am Weihnachtsheiligabend gekündigt. Die Kläger sahen die Kündigung als Maßregelung an. Da die Kündigung ohne die Zustimmung der Betriebsvertretung erfolgt sei, so verstoße sie gegen § 66 und 90 des Betriebsrätegesetzes und sei deshalb rechtsunwirksam.

Das Landesarbeitsgericht in Hannover verurteilte die Beklagte, den Klägern ihren Lohn weiterzuzahlen. Die beklagte Firma wäre berechtigt gewesen, auf eine Streikerklärung ihre gesamte Belegschaft sofort zu entlassen. Sie hat das nicht getan und sie hat auch die Betriebsratsmitglieder nicht entlassen oder gekündigt, sondern hat das erst am 24. Dezember 1930 getan. Durch ihr Verhalten hat die Beklagte unzweideutig zu erkennen gegeben, daß sie selbst eine Kündigung der Kläger am 1. Dezember nicht vorgenommen haben wollte und nicht für vorliegend erachtet. Die Kündigung sei deshalb rechtsunwirksam, da sie ohne Zustimmung der Betriebsvertretung erfolgt sei. Die Entlassung sei als eine Maßregelung anzusehen und aus diesem Grunde müßte die Beklagte zur Zahlung des Lohnes verurteilt werden.

Gegen dieses Urteil legte die Firma und der Verband der Metallindustriellen, Bezirk Hannover, Berufung ein. Rechtsanwalt Dr. Katz, Hannover, beantragte die Zurückweisung der Revision, da das Urteil keine rechtlichen Mängel enthalte.

Das Reichsarbeitsgericht wies die Revision als völlig unbegründet zurück und legte der Beklagten die gesamten Kosten des Rechtsstreits auf. Die Kläger seien ohne Zustimmung der Betriebsvertretung entlassen worden. Diese Entlassung sei rechtsunwirksam und käme einer Maßregelung gleich. (RAG 324/31.)

„Herunter mit den Löhnen!"

„Herunter mit den Löhnen!" Das ist die Losung aller Scharfmacher, der Schrei aller Fabrikanten. „Der Arbeiter soll natürlich seinen angemessenen Lohn haben", versichern sie. Aber kein Lohn, kein Gehalt ist ihnen „angemessen", immer sind sie ihnen „zu hoch"! Dies Wehgeschrei über die „untragbaren Löhne" ist so alt wie der Kapitalismus. Stets ist es erhoben worden, nie ist es verstummt. Wären die Klagen und ihre Begründungen richtig gewesen, „die Wirtschaft" (lies: die Kapitalisten) wäre längst zusammengebrochen. Sie ist es nicht, sie ist im Laufe eines Jahrhunderts dick geworden, hat sich riesenhaft ausgedehnt.

Aber die Krise, die böse Krise ... An der sind selbstverständlich die Löhne vornehmlich schuld. Darum ertönt der Ruf jetzt besonders laut: Herunter mit den Löhnen! Nun: sie sind gesunken, ins bodenlose gesunken. Im Jahre 1930 wirkte sich die erste große Lohnabbauwelle des Sommers 1931. Der Wirtschaftsbeirat tagte und achtete. Was kam? Die zweite Lohn- und Gehaltsabbauwelle des Sommers 1931. Die Wirtschaftsbeirat tagte und begutachtete. Herr Brüning erklärte: Lockerung der Tarifverträge ist notwendig! Wie ein „Ruf mit Donnerhall" braust die notverordnete dritte Lohnabbauwelle heran. Sie wird mit sich reißen, was von den vorhergehenden Lohnverwüstungen noch übriggeblieben sein sollte. Nun ists geschafft; nun werden selbst die reaktionärsten Unternehmer nicht mehr behaupten können, die Löhne seien „unangemessen".

Doch halt: läge es an den Löhnen, dann müßte es ja „der Wirtschaft" von Lohnabbauwelle zu Lohnabbauwelle immer besser gegangen sein; dann müßte sie ja schon nach dem letzten Lohnabbau „saniert" und der Krisentiefpunkt überwunden sein. Nichts von alledem! Man kann am Wirtschaftsbarometer mit erschreckender Deutlichkeit ablesen, wie sich die Krise von Lohnabbau zu Lohnabbau verschärfte. Vergeblich haben die Gewerkschaften dies immer erneut vorausgesagt und vor den Folgen der verkehrten Lohnpolitik gewarnt. Vergeblich haben sie betont: die Krise entspringt dem Mißverhältnis zwischen Produktions- und Konsumtionsmöglichkeit. Jeder Lohnabbau verschärft dies Mißverhältnis, da er die Kaufkraft verkleinert. Es sei volkswirtschaftlich vernünftig, in Krisenzeiten gerade die Löhne hochzuhalten. Die angeblich „hohe Belastung" wirke sich daher auf dem Wege über eine kaufkräftige Nachfrage für die Gesamtwirtschaft günstig aus.

Man hat sich diesen Gedankengängen verschlossen. Man hat abgebaut. Das Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten belief sich 1929 auf 43 Milliarden Mark. Seitdem ist ein Abbau von 15 bis 20 vH erfolgt, 6,45 bis 8,6 Milliarden Mark sind also „eingespart" worden. Eine ungeheure Summe. Wo ist sie geblieben? Haben sie die Unternehmer zur Preissenkung verwendet? Aber die Preise sind ja bei weitem nicht im Ausmaß des Lohnabbaus gesunken. Außerdem ist die Verbilligung der Rohstoffe hinzugekommen. Nur ein kleiner Teil der „ersparten" Löhne kann also zu Preissenkungen benutzt worden sein.

Uns scheint, daß mit diesen Milliardenbeträgen das deutsche Unternehmertum die Folgen seiner verfehlten Lohnpolitik bezahlen mußte. Der einzelne mag vielleicht gewonnen haben, mag in der Lage gewesen sein, Bank- und Auslandsschulden abzustoßen oder Betriebsverbesserungen vorzunehmen. Die Gesamtwirtschaft jedoch hat verloren; das Sozialprodukt ist eingeschrumpft, die Möglichkeiten des Inlandsabsatzes haben sich verschlechtert, Zusammenbrüche über Zusammenbrüche säumen den Weg des Lohnabbaus; statt Verbesserung ist Verschlechterung der Krise eingetreten, Millionen von Arbeitslosen blicken verzweifelt in die Zukunft, und selbst über den beschäftigten Arbeitern und Angestellten hängt drohend das Damoklesschwert des Hungers.

Warum das alles? Weil unser von „nationalen" und „sozialen" Phrasen triefendes, von „Opferwilligkeit" redendes Unternehmertum seine eigenen Interessen vor die der Gesamtheit stellte, weil es privatwirtschaftlich und nicht volkswirtschaftlich dachte — und die Regierung in sein Schlepptau zu nehmen vermochte.

Privatwirtschaftlich ist die Rechnung einfach. Die Löhne sind ein Unkostenposten. Jeder Kostenteil, der gesenkt werden kann, bedeutet verminderte Ausgaben, bedeutet „Einsparungen", Gewinnvermehrung. Was ich als Unternehmer einbehalte, wenn ich den Lohn senke, kann ich genau ausrechnen, nicht aber kann ich ausrechnen, wieviel ich gewinne dadurch, daß ich ihn nicht senke oder gar erhöhe und auf die von den Gewerkschaften verwiesenen wohltätigen Wirkungen einer kaufkräftigen Inlandsnachfrage warte. „Der Spatz in der Hand ist mir lieber als die Taube auf dem Dache." ...

Nach dieser Erwägung ist gehandelt (man müßte sagen: mißgehandelt) worden. Erfolg? Nicht nur die Taube (die krisenmildernde Kaufkraft) ist davongeflogen, auch der Spatz (die Lohneinsparungen) ist für die Katz. Denn der skizzierte Gedankengang ist nur ein isoliert privatwirtschaftlicher. Er trifft nur zu, wenn er sich in einem einzelnen Privatbetrieb ereignet und wenn alle anderen Faktoren (Preise, Absatz) dieselben bleiben. Er führt sich selbst (auch privatwirtschaftlich) ad absurdum, wenn er sich in allen Betrieben ereignet, wenn der Lohnabbau ein allgemeiner wird. Dann ändern sich zwangsläufig die anderen Faktoren, schrumpft der Absatz ein, der angebliche — rechnungsmäßig so genau zu erfassende — „Gewinn" wird zum Scheingewinn. Dann erweist es sich, daß die privatwirtschaftliche Rechnung zwar eine „private", aber keine „wirtschaftliche" Rechnung war. Einfach deshalb, weil alle Maßnahmen, die über den Einzelbetrieb hinausgreifen, den ganzen Wirtschaftszweig und am Ende die ganze Wirtschaft erfassen, nicht mehr privatwirtschaftliche, sondern volkswirtschaftliche Vorgänge sind, deren Bemeisterung nicht mit privatwirtschaftlichen, sondern nur mit volkswirtschaftlichen Überlegungen und Maßnahmen erfolgen kann. Kurt Hirche.

Arbeiterverhältnisse im faschistischen Paradies

Infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse hat die Arbeiterschaft in jedem Lande eine Verschlechterung des Lebensstandards zu beklagen. Hier und da konnte sie durch starke Gewerkschaften gemildert werden. Am schlimmsten scheint aber die Lage der Arbeiterschaft in den Ländern zu sein, wo die Diktatur herrscht. Über die Lage der Arbeiter im faschistischen Italien werden von der Regierung günstige Meldungen verbreitet. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Der Korrespondent des Berliner Tageblatts, Günther Stein, befindet sich auf einer Europareise. Sein Bericht von Italien läßt folgendes erkennen: Der durchschnittliche Stundenlohn italienischer Industriearbeiter beträgt 1 Lire und 91 Centesimi = 41 Pf. je Stunde. Da die Arbeiter infolge Kurzarbeit im Durchschnitt nur 178 Stunden arbeiten, verdienen sie 73 M im Monat. Der Lebensunterhalt in Italien ist nicht entsprechend billig. Für Mailand, der größten Industriestadt Italiens, hat der Korrespondent des Berliner Tageblattes folgende Preise für je 1 kg festgestellt:

Weizenbrot	0,37 M	Zucker	1,36 M
Weizenmehl	0,42 M	Ziegenkäse	2,92 M
Teigwaren	0,52 M	Butter	2,62 M
Kartoffeln	0,18 M	Kaffee	6,40 M
Rindfleisch	1,76 M	Olivenöl (1 Liter)	1,50 M
Schweinefleisch	2,50 M	Milch (1 Liter)	0,26 M
Wurst	3,55 M	Eier (1 Dutzend)	1,52 M

Für eine Arbeiterwohnung muß in Mailand im Durchschnitt je Raum (!) eine Miete in Höhe von 563 Lire je Jahr (10,30 Mark je Monat), in Rom 1125 Lire je Jahr (20,70 M je Monat), im Durchschnitt des gesamten Königreichs 426 Lire je Jahr (8 M je Monat) gezahlt werden. Diese wahnsinnig hohen Preise sind für teilweise miserable Löcher zu zahlen. Zu den Untersuchungen bemerkt der Schreiber: „Der Faschismus hat das Problem der Kleinhandelspreise nicht ein Atom wirksamer behandelt als die deutsche oder irgendeine andere Wirtschaftspolitik, trotzdem er seit fast zehn Jahren die radikalsten Macht- und Druckmittel besitzt, die ein Wirtschaftspolitiker sich nur wünschen kann."

Nun haben wir hier oben eine bevorzugte Schicht, beschäftigte Industriearbeiter, angeführt. Die Landarbeiter und die Frauen stehen sich noch viel schlechter. Von den Arbeitslosen erhält ein Drittel Unterstützung, und zwar 27 bis 82 Pf. je Tag. Die Mehrzahl der Arbeitslosen bekommt überhaupt keine Unterstützung. Jeder kann aus den Wahrnehmungen eines vorsichtigen Beobachters die Lehre ziehen, daß weder die bolschewistische noch die faschistische Diktatur den Arbeitern goldene Zeiten zu bescheren vermag. Es würde schon genügen, wenn in diesen Ländern die Verhältnisse nicht wesentlich schlechter lägen als woanders.

Proletarische Kameradschaft

Im oberschlesischen Steinkohlenrevier waren 14 Bergleute verschüttet worden. Sieben von ihnen konnten lebend geborgen werden. Mit einem wahren Heldenmut haben sich die Verschütteten sechs Tage hindurch aufrecht zu halten versucht. Als ein Mann von großer Geistesgegenwart hat sich der Rohrleger Schlama aus Beuthen gezeigt. Er war es, der die der Verzweiflung nahen Kameraden immer wieder Mut zuzusprechen verstand. Der angestrengten Arbeit der Rettungsmannschaft gelang es endlich nach 144 Stunden, zu den Eingeschlossenen vorzudringen.

Ein Bravo diesen Helden der Arbeit! Der Reichspräsident hat den Geretteten herzliche Glückwünsche ausgesprochen. Die preußische Staatsregierung hat jedem 200 M gestiftet. Wir würden es begrüßen, wenn auch die Retter nicht nur durch eine Rettungsmedaille, sondern auch durch ein Geldgeschenk für ihre schwere Mühe entlohnt werden. Es zeigt sich immer wieder, daß im Bergbau wahre Kameradschaft kein leerer Wahn ist. Nur schwer arbeitende Menschen sind zu solcher Aufopferung für ihre Kameraden fähig.

Zahlen des Elends

Die „Wohnungswirtschaft", die Zeitschrift der Dewog, veröffentlicht in ihrer neuesten Nummer die Ermittlung, die eine Baugenossenschaft bei ihren Mitgliedern angestellt hat. Von 100 Genossenschaftsmitgliedern waren 50 Vollbeschäftigte und Kurzarbeiter, 14 Rentenempfänger, 13 Arbeitslose und andere Unterstützungsempfänger, 23 Wohlfahrtsunterstützte oder ohne Einkommen. Das monatliche Einkommen dieser Genossenschaftler bewegt sich in folgenden Grenzen:

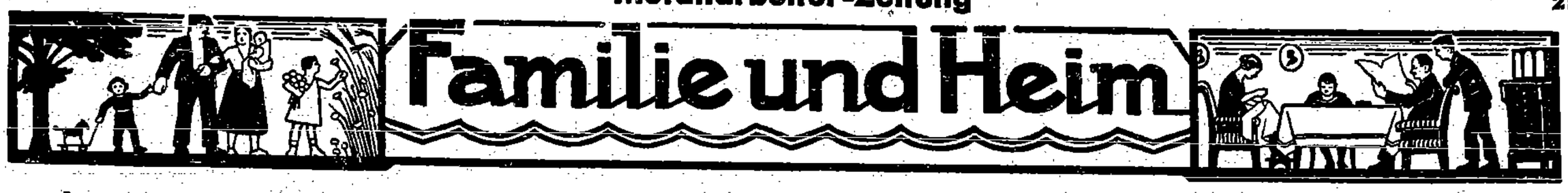
24,4 vH	haben	ein	Einkommen	von	0— 50 M monatlich
16,4 vH	„	„	„	„	51— 75 M „
12,2 vH	„	„	„	„	76—100 M „
22,0 vH	„	„	„	„	101—150 M „
16,0 vH	„	„	„	„	151—200 M „
4,5 vH	„	„	„	„	201—300 M „
4,5 vH	„	„	„	„	über 300 M „

Trotzdem die Mieten dieser Baugenossenschaft äußerst niedrig sind, machen sie bei 40 vH der Mitglieder bis 40 vH des Einkommens aus. Man kann sich denken, daß derartige Baugenossenschaften sich ebenfalls in einer schwierigen Lage befinden.

Die Metallarbeiter-Zeitung

gründlich lesen, dann weitergeben an Unorganisierte und Gleichgültige.

Werbt mit eurer Zeitung für eure Sache!



Am alten Werk vorbeigegangen

Eingeengt zwischen hohen Wohnhäusern eines verarmten Stadtteils lag das Werk der Arbeit. Aus der Mitte des vergangenen Jahrhunderts bis in die Jetztzeit war es Arbeitsheimat für Hunderte von werteschaffenden Arbeitern gewesen. Tag für Tag standen wir beim Erklingen der Glockenzeichen an unseren Wirkungsstätten, um das Notwendigste für das Leben erstehen zu können. Mittags kamen die Frauen und Mütter, sie brachten karge Nahrung. Abends gingen wir heim. Die matten Glieder schmerzten von den Anstrengungen der Arbeit — aber trotz aller Not war unsere Seele froh; denn wir hatten noch unseren Werktag, waren noch nicht ausgestoßen, wie die Millionen.

Die Melodie der Arbeit war uns lebensnotwendig geworden. Wer zehn und zwanzig Jahre lang zwischen Transmissionen und Automaten steht, wer ein ganzes Leben am mächtigen Dampfhammer wirkt, wer an den Rohrpressen steht und die langen, glühenden Metallklötze durch die Matrizen pressen läßt, der wird zu einem Stück Werkstatt. Seine Verbundenheit mit dem Alltag wächst. Er findet, daß die Arbeit eine soziale Verpflichtung für die Menschheit sein kann. Mutig und bewußt trägt er sein hartes Schicksal, er ist nicht der nur klagende und verzagende Mensch, er werkt und formt, gestaltet mit vielen, um dereinst die Früchte einer besseren Zukunft tragen zu können.

Doch eines Tages standen wir vor den Toren der großen Fabrik — waren arbeitslos! Das mächtige Ungeheuer hatte nun auch uns umkrallt und hielt uns fest. Die Maschinen standen und unsere Kräfte ruhten untätig. Der Konzern hatte sein Geld, doch wir — wir Männer vom Werk — wir waren brutal der ungewissen Zukunft ausgeliefert, durften hoffen!

Drei schwere Jahre sind seitdem vergangen, aber die Tore sind noch verschlossen. Sie werden sich auch nicht mehr öffnen. Schon sind die Männer vom Werk in alle Winde verstreut. Fanden Arbeit oder sind noch — arbeitslos.

Gestern sah ich das Werk. Schweigend stand ich vor seinen Toren und überrechnete, wie oft ich die Schwelle zur Kontrolluhr überschritten hatte. Doch das ist Vergangenheit — jetzt ist alles anders: Die Maschinen sind abmontiert, die Scheiben der Fenster zertrümmert. Die Gemäuer drohen zu zerfallen, der Putz poltert von den Wänden. In den langen Hallen treiben die Vögel ihr lustiges Spiel. Aber der Wind fegt durch die Öffnungen, springt von Raum zu Raum — doch wir schauen durch ein kleines Fenster dorthin, wo einst unser Werktag lebte . . . .

Verlassen und verödet steht das Werk als Erinnerung an vergangene Tage. Ein neues Geschlecht wächst heran, es wird einst nicht mehr wissen, daß hinter jenen grauen Mauern einst viele hunderte Werkmänner ihr täglich Brot erkämpften. Der Kapitalismus des 20. Jahrhunderts fragt nichts nach diesen Opfern der Entwicklung, er geht seine eigenen Wege, geht über Leichen und baut auf Sorgen und Nöten, auf Armut und Verzweiflung seine Profitwirtschaft auf.

Die meisten Kollegen haben seit jener Zeit noch nie wieder eine Feile geführt oder den Werkhammer geschwungen — sie haben sich in Trauer mit ihrem Schicksal abgefunden. Doch das junge Zeitgeschlecht darf nicht mit der Willkür der Zeit zufrieden sein. Es muß kämpfen, um neu zu gestalten, um eine bessere Welt zu bauen. Es muß auf das Recht auf Arbeit pochen, wenn auch die alten Mauern bersten und zerfallen. Die Zeit wird kommen, wo auf den alten Fundamenten neue Werke erstehen, die neues Leben ausatmen und die Arbeit als soziale Verpflichtung der Gesellschaft preisen. **Kurt Busse.**

Das Versuchskarnickel

Andreas gehörte zu jenen Pechvögeln, die man eigentlich in die Gruppe der glücklichen Menschen rechnen müßte, die immerzu Abenteuer erleben, ohne sie zu suchen, wenn auch meist der Ausgang weniger glücklich ist.

Neulich wurden ihm von einem freundlichen Herrn ein paar Mark Verdienst in Aussicht gestellt. Natürlich sagte Andreas freudig zu, denn er war seit Jahr und Tag erwerbslos. Nun stand er in dem großen Hause vor dem angegebenen Zimmer. Alles war so still und ihm war es unheimlich, schon wollte er sich sachte verdrücken, als sich die Tür öffnete und jemand im weißen Kittel heraustrat. Hinter der großen, respektheischenden Brille erkannte Andreas Dr. Albus, der ihn herbestellt hatte.

„Ah, da sind sie ja! Kommen sie bitte einmal mit. Sie können doch radfahren? Gut! Also sie bekommen die Stunde eine Mark und können so lange fahren, wie sie wollen!"

Froh über den Verdienst, noch froher aber, aus dem unheimlichen Hause herauszukommen, folgte Andreas in ein Zimmer, wo neben allen möglichen Gerätschaften ein Rad stand, das aber seltsamerweise in einem Gestell fest eingebaut war. „So, nun legen sie mal tüchtig los!" Mißtrauisch betrachtete Andreas das Vehikel, besonders die vielen Drähte, die von dem Lenker führten. Argwöhnisch blickte er nach dem Doktor. Der nickte nur ermunternd. Vorsichtig setzte er die Pedale in Bewegung. Nichts passierte. Mutiger trampelte er nun sein Tempo. Eine Mark die Stunde. Das würde eine hübsche Summe geben.

Er blieb allein im Zimmer. Wie lange mochte er schon gefahren haben? Zwei Stunden? Was sollte das unsinnige Treten eigentlich? Was ging es ihn an? Er wurde bezahlt. Damit fertig! Wenn er aber zunächst etwas — pattte? Es sah ja niemand. Zu seiner Verwunderung traten sofort Dr. Albus und noch ein Herr ins Zimmer. „Sind sie müde? Wo verspüren sie das? Hier — und hier?" Andreas fühlte sich ertappt und nickte nur immer. Aber die Herren schienen befriedigt zu sein und baten ihn, morgen wiederzukommen.

Abends konnte Andreas nicht genug erzählen von den verrückten Leuten da draußen. Plötzlich unterbrach ihn sein Freund Karl: „Du, jetzt geht mir ein Licht auf. Das ist das Institut, wo man untersucht, wieviel man aus den Arbeitern herauspressen kann!" Was — —? Dazu hatte man ihn brauchen wollen — —? Aber wartet — —

Am anderen Tage bot man ihm zunächst eine Flasche Bier an. Andreas konnte von jeher schlecht „Nein" sagen — — „Mögen sie noch eine?" „Aber gewiß!"

Heute fuhr Andreas wie der Teufel. Eine Wut hatte er. Dazu wollte man ihn gebrauchen? Keine Minute würde er länger fahren wie gestern. Im Gegenteil. Vielleicht war es schon so weit — vielleicht war es gestern nur Zufall, als die Herren eintraten. Aber schon waren sie wieder da. Dr. Albus mit strahlendem Gesicht: „Sehen sie, Herr Kollege", in der Hand hielt er eine Tabelle, „wie genau meine Berechnung stimmt. Anfänglich starke Leistungssteigerung, dann aber rasches Nachlassen der Kräfte."

Mit dem unklaren Gefühl, es irgendwie wieder falsch gemacht zu haben, wurde Andreas mit dem angenehmen Antrag entlassen, abends soviel zu trinken, wie er wollte. Alles würde bezahlt.

Mit brummendem Schädel meldete sich Andreas am anderen Tage. Wie er am Tage vorher nach Hause gekommen war, konnte er sich nicht mehr entsinnen.

Schon nach kurzer Zeit erschien Dr. Albus: „Sind sie noch nicht müde?" „Nein." Er fuhr drei — er fuhr vier Stunden. Dr. Albus lief aufgeregt im Zimmer herum. Unbekümmert fuhr Andreas weiter. Die Glieder waren ihm von dem vielen Alkohol schwer wie Blei. Er biß die Zähne zusammen und trampelte weiter. Dr. Albus saß zusammengebrochen auf einer Kiste und stöhnte: „Alles vergebens — falsch — falsch alle Berechnungen!" Seelenruhig trampelte Andreas sein Tempo, obwohl er fast vom Rade fiel.

Plötzlich sprang Dr. Albus auf: „Hören sie auf, Mensch! Aufhören, sage ich ihnen. Hier haben sie ihr Geld. Gehen sie — um Gotteswillen — gehen sie — —!"

Andreas wankte hinaus.

Oben in seinem Zimmer aber saß Dr. Albus und rechnete — und rechnete — — J. Held.

Das Recht der verheirateten Frau auf Arbeit

Das Arbeitsgericht Berlin fällte in einer Sitzung am 10. Dezember 1931 ein Urteil von grundsätzlicher Bedeutung. Eine Angestellte sollte entlassen werden, weil sie sich verheiratet hatte. In der Klage vor dem Arbeitsgericht machte der Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten geltend, daß die Kündigung lediglich wegen der Eheschließung erfolgt sei und deshalb gegen die Reichsverfassung verstoße, die die Ehe unter besonderen Schutz stelle. Die Kündigung stelle im Sinne des § 84 1. und 4. Abs. des BRG eine unbillige Härte dar, weil die Angestellte letzten Endes wegen ihrer Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht gekündigt sei. Das Gericht hielt den Einspruch gegen die Kündigung für gerechtfertigt und verurteilte den Unternehmer zur Weiterbeschäftigung der Gekündigten oder zur Zahlung einer Entschädigung von 1200 M. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, die Kündigung sei eine unbillige Härte, sie sei zweifellos wegen der Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht erfolgt, denn wenn sie nicht geheiratet hätte, würde sie nicht gekündigt worden sein. Durch diese Entscheidung des Berliner Arbeitsgerichts wird das Recht der verheirateten Frau auf Arbeit anerkannt. Es ist die Feststellung, daß die Frau im Wirtschaftsleben das gleiche Recht hat wie der Mann. Die Frau hat das gleiche Recht auf Ehe wie der Mann, mithin muß sie auch das gleiche Recht auf Arbeit haben. Da man jetzt allgemein Doppelverdiener auszuschalten sich bemüht und dabei meistens die Frau trifft, dürfte diese Entscheidung des Berliner Arbeitsgerichts von Bedeutung sein.

Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis GmbH", Berlin 1931

XLI.

Hinter Marie Lassowürfe von Zurufen, feuchtes Flüstern streift ihr blutleeres Gesicht, mitleidendes Kopfschütteln folgt ihr, aus schmalen Schlitzen von unten auf hochkriechende Blicke tasten ab und entkleiden, Betrunkene stellen sich gröhlend in den Weg. Gutmütigkeit befreit und hilft aus der Bedrängnis.

Oh, diese Kreissäge! Bohrender Brand, wenn nur das nicht wäre! Die Zähne trommeln aufeinander. Maries Lippen bluten. Vorwärts, vorwärts! Straße um Straße. Über ihr brummt ein strahlendes Reklameflugzeug nervenquälenden Sang und streut Probetäfelchen einer neuen Schokolade in die Straße. Kinder balgen sich darum. Marie weiß von nichts, sieht nichts, hört nichts, keucht nur, hetzt nur, vorwärts, vorwärts.

Bedenklich! So ist Marie gefangen, daß der einfachste Gedanke, mit der Straßenbahn zu fahren, zu schwierig gewesen war, gefaßt zu werden. Marie hat vergessen, daß es Straßenbahnen, Untergrund- und Stadtbahn gibt. Marie läuft, taumelndes Schwanken, vornüber gebeugter Körper, übereilt wie in haltlosem Wasser tretende Füße. Fast geschlossene Augen, die aber sicher führen. Wie aus unsichtbarem Lautsprecher kommandiert es in die Ohren: Tauentzien — Kurfürstendamm — Halensee — Grunewald! Tauentzien — Kurfürstendamm — Halensee — Grunewald!

Häuser fliegen vorbei und Menschen. „. . . zwanzigtausend? Bei 12 Prozent ohne Sicherheit? Nicht zu . . ." Kegel der Bogenlampe läuft in Lichtkegel neuer Lampe. „. . . mais écoutez, l'enthousiasme de Briand est une grande chance pour vous . . ." Graurot wuchtet der Himmel. „. . . zuerst war ich auch gegen, aber siehste, lang muß sein, abends mußte lang tragen, nachmi . . ." Stimmungsvoll, ironisch, gelassen lächelnde Modepuppen zeigen in wirkungsvoller Beleuchtung das neue Brokatabendkleid mit Nadeln gesteckt, frisch aus Paris, das Meter 49 Mark. „. . . aber warum so krötig? Ein Parfait und son bißchen Tango ist besser als Moral auf dem Dach, na also, warum nicht gleich, gesta . . ." Stimmen fließen ineinander wie Gesumm von Millionen über metallenen, schallverstärkenden Käfigboden durcheinanderkrabbelnder Insekten. Marie hört sie nicht.

Manchmal wirft sich Lachen wie eine Welle daraus hoch. „Die und Klassefrau, daß ich brülle! Die betrügt ihren Mann vorn und hinten." Brandet eine harte Baßstimme. „Wat denn, wat denn? Den stoß'ck aus'm Anzug, det a aus'n Latschen kippt, von wejen mir aus die Stelle ekeln!" Leiert eine müde, verrostete Kehle. „Streichhölzerderherrkaufensemirdochstrei—". Zerstäubt eine süße Mädchenstimme. „. . . che peccato, prediletto, non c'e piu posto . . ." Mittendrin Marie. Hört nichts, hört nichts. Weiß nichts, sieht nichts.

Kreischend schreien Straßenbahnräder in Weichen auf. Autohupen klingen ineinander wie wahllos geöffnete Orgelpfeifen zu boshafter Sinfonie. Radfahrerklingeln übertönen für Sekunden den Lärm der Räder und das Füßescharren der Zehntausende, bis jähes Aufrattern stampfender Lastwagen alles überdeckt. Aber das Stimmengewirr siegt wieder. Und dies oder das überlagert. Brocken und Fetzen flattern über den Bürgersteig.

„. . . dankedankemachtsich. Kann nicht klagen. Geschäft so lila, wissen ja . . .", „. . . unerhört schicke Bar, fabelhafter Cocktail und dabei sehr gutes Publikum . . ." „. . . ach der Süße, siehmal, is der nicht süß, gib Pfötchen, komm . . .", „. . . going out to do some shopping and . . .", „. . . alles Schiebung, die ganze Politik kann mir . . .", „. . . Nachtausgabeachtuhrachtuhrabendblatttempotempo! Liebesdrama der Sechzehnjährigen! Sechzehnjähriger erschießt seinen Freund . . .", „. . . wie kannste mit die zwanzig Mark die Woche bestehn, verhungern kannste nich und leben ooch nicht, aber hier sitzense, sieh'ma, hier sitzense un' fressense, sieh'ma da . . .", „. . . gutmachenwir. Also morgen Konkursantrag . . .", „. . . danke, mit dem Verdienst un' die Laube könn'wa janz scheen auskomm . . .", „dußliche Nutte, bis' woll beschickert, wa, paß mal uff, siehste nich, det Jrün is!"

Das ging auf Marie. Haarscharf vor ihr bremst der Wagen, schleudert um ein Viertel nach links. Marie hört nichts, Marie sieht nichts, Marie taumelt weiter. Hinter ihr kopfschüttelt man, lacht man, schimpft man, regt man sich auf: „. . . da müßte doch die Polizei!", „. . . besoffne Weiber, schöne Wirtschaft in der Republik!", „. . . kommt nur von der zuvielen Wohlfahrt! Kandare ran, sage ich!" Marie hört nichts, Marie weiß nichts, Marie ist von der Idee besessen, Marie hetzt vorwärts über den Kurfürstendamm. Taumelt spukhaft, gespenstisch von Lichtreklamen illuminiert.

Aus einem Lautsprecher quakt Musik, Jazz im Lokal, beineschmeißender Foxtrott. Drei Räder drehen sich, drehen sich rasend gegeneinander. Sonderbar: sie wecken Marie. Verstört liest sie: „HIMMEL UND HÖLLE". Stiert und stutzt. Himmel und Hölle? Was soll das? Bald, bald. Dann wird es nur mehr Himmel sein, herrlicher blauer Himmel.

Marie erschrickt. Jetzt weiß sie erst, daß sie im Kreise gegangen ist, daß sie zurückgegangen ist. Lähmung in Marie. Kommando in die Beine. Dabei das Bohren, das Kreisen, das krümmende Bohren. Es wird immer schlimmer, immer bedrohlicher. Marie peitscht sich auf. Sie muß in den Wald. Wo ist denn der Wald, wo bleibt denn der Wald? Jäh stockt Marie. Jetzt fällt es ihr ein: Da fahren doch Straßenbahnen, warum —?

Die Kirche mit dem Ring der flammenden Vergnügungspaläste versinkt hinter Marie. Sie hetzt wieder den Kurfürstendamm hinauf, stößt sich taumelnd hindurch durch die Mauer aus abgeschabten Anzügen, Maulwurfcapes, eleganter Maßarbeit, stößt mit den Ellenbogen gemalte Gesichtsfassaden, aalglatte Hochstapler, solide Bürger, brave Mittelstandsfrauen, gewitzte Wechselreiter, vornehme Hochfinanz zur Seite, stolpert über eine zur Schau gestellte bettelnde Prothese und einen Anruf: „Alte Kleider zu verkaufen?" und hetzt vorwärts.

Hinter ihr Fluchen, Wutschrei, Mitleid, Angst, Lachen. Marie will über die Straße. Aber Wagen auf Wagen sperrt den Fahrdamm. Kein Hinüberkommen. Marie schreit plötzlich auf, schlägt mit den Armen. Der Schutzpolizist springt hinzu, fragt barsch. Marie wimmert ihn an: „Zur Haltestelle, ich muß doch zur Haltestelle!" Der Polizist blickt verstört, hebt den Arm, stoppt ab, bringt Marie hinüber, schüttelt den Kopf, hebt wieder den Arm. Die wilde Jagd geht weiter.

Lange, bis Marie im richtigen Straßenbahnwagen sitzt. Das stößt und sticht. Marie krümmt sich, wimmert vor sich hin, schwankt nach rechts und links. Neugieriges Blicken auf sie, aber keine Frage, nur Fortrücken und Kopfschütteln.

Marie schreckt auf: Knattern, Helligkeit, Raketen, Feuerregen vom Himmel. — Das ist der Lunapark, da war sie einmal, schon lange her, mit Fritz und den Kindern, ja.

Plötzlich lächelt Marie vor sich hin und sagt laut: „Lunapark!", laut und bedachtsam, daß sich die Leute im Wagen umdrehen und einer auf seine Stirn tippt: „Reif für die Doofenanstalt!"

Marie hört es nicht, Marie ist im Lunapark, ratternder eiserner See, sausende, krachende Berg- und Talbahn, pfeifendes Luftkarussell, Musikmusik, Raketen, die Kinder lachen, ein Arm drückt, das ist Fritz, das ist Fritz, der preßt ihren Arm jedesmal, wenn oben eine Rakete kracht und Feuerregen goldener, herrlicher Sterne prasselt.

Oh, wieder das Bohren im Leib, der höllische Brand, Marie krümmt sich und stöhnt wieder. Der Lunapark ist tot.

Der Schaffner muß Marie aufrütteln: „Endstation, Se müssen raus." Marie nickt, reißt sich hoch, tritt, stolpert, fällt die Stufe hinunter, stürzt auf die Hände. Der Schaffner hilft hoch, fragt verwundert: „Wat is'n mit Ihnen?" Marie schweigt, schwankt, hält sich taumelt vorwärts, in das Schwarz, das vorne droht:

Schwarzer Wald, Kiefern, an denen der Sturm reißt, dunkle Verschlossenheit, die erlösen soll, gütige Finsternis, der Wald. Der Wald!

Marie flieht hinein. Stolpert über holprige Wege, hetzt vorwärts ziellos dem Ziel entgegen. Der Sturm, klatschender Gewittersturm, wird stärker, fährt schrill durch die Baumreihen, wie rohe Hand über verstimmte Harfensaiten. Dumpf rollt Donner an und die Luft zittert. Marie spürt nicht, daß Tropfen auf Tropfen in ihr Gesicht trommelt. Sie fühlt nur herrliche Kühle, die erleichtert.

So taumelt Marie Stunden hindurch im Kreise irrend immer tiefer in den Wald, wie gehetztes Wild, das sich im Dickicht bergen will.

Stark ist Marie, maßlos stark. Aber der Schmerz ist stärker. Tief stöhnt sie auf, will sich noch wehren. Vergeblich. Mächtige Faust drückt in die Kniekehlen. Keine Kraft mehr, gegenzustemmen. Die Knie berühren den Boden.

Mählich, wie ein nicht ganz durchhauener Baum, biegt sich der Leib, um dann plötzlich schwer zu fallen. Schrei peitscht neuen Schrei. Und immer fort. Marie liegt gefällt.

Um sie herum Verschlossenheit, Finsternis, verkrampfte, wie unterirdisch grollende Nacht, von Wetterleuchten durchstoßen, wie von tückischem Aufblitzen lauernder Augen eines Riesen. Marie liegt gefällt.

Die Finger sind phantastisch verkrampft und haben sich durch Brennesseln und Moos tief in die Erde verkrallt. Die höllische Kreissäge schwingt, kreist mit brennendem Schnitt. Der Boden scheint zu wanken. Der Nebeldunst, der herauskriecht aus dem Boden um Marie, zittert unter Peitschenhieben neuer Schreie. Gewaltig bebt der Leib, der arme, unsagbar geräderte Leib. Letzter Aufschrei, höchste Steigerung und nun ermüdetes Abschwellen in erlösendes Stöhnen Luft greifender Atemzüge.

Die im Krampf geballten Muskeln im Gesicht lösen sich und lockern sich. Leicht und flockig flattert Unbestimmbares wie Anflug von Lächeln, dankbarem Lächeln, die schmalen, zerbissenen Lippen entlang und schmiegt sich weich in die Mundwinkel. Das Stöhnen klingt ab wie in gedehnten Intervallen abklingende Tonleiter. Müdigkeit breitet sich aus in Marie und wird schwer und zieht hinab. Die Finger lösen sich aus der Erde und legen sich gelockert in weiche Zartheit des Mooses. Marie liegt zwischen Ohnmacht und Schlaf und lächelt.

Immer weniger hebt und senkt sich die Brust, die Bewegungen gleichen sich aus, die Atemzüge haben schon Regelmäßigkeit gefunden und Beruhigung, glättender Frieden befreit die in der Wollust der Befreiung Gefangene.

So liegt Marie Stunden hindurch.

Endlich Erwachen. Schüttelfrost durchschüttert den Leib, der schwer wie Blei und fast erstarrt ist. Die Hände, nur mühsam beweglich, suchen und fassen durchnäßten, klammen Mantelstoff, stützen sich auf feuchten Boden und stemmen den Oberkörper hoch. Marie erschrickt.

Ringsum nur milchiges Grau der Nebelschwaden, dahinter Dunkelblau schattenhafter Büsche und Bäume, darüber schon schmutzig alabastern durchschimmernder, blaßgelber Himmel, im Untergrund gerötet.

(Wird fortgesetzt.)

Verbandsleben

Erleichterungen bei der Lohnsteuer

Da es bei der Lohnsteuer nicht möglich ist, wie etwa bei der veranlagten Einkommensteuer, die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen zu berücksichtigen, werden bei den Lohnsteuerpflichtigen vor der Berechnung der Lohnsteuer gewisse feste Beträge als steuerfrei abgesetzt. Dadurch sollen die Einkommensteile, die das Existenzminimum bilden und die für bestimmte Aufwendungen nötig sind, von der Besteuerung ausgenommen bleiben. Der sogenannte „steuerfreie Lohnbetrag" berücksichtigt das Existenzminimum, während der Pauschsatz für Werbungskosten und Sonderleistungen eine steuerliche Vergünstigung für zweierlei ist.

Werbungskosten sind die zur Erwerbung, Sicherung und Unterhaltung der Einkünfte gemachten Aufwendungen. Diese Aufwendungen macht jeder Lohn- und Gehaltsempfänger. Er hat zum Beispiel Ausgaben für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, für die Anschaffung und Reparatur von Werkzeugen sowie für die Anschaffung und Reinigung von Berufskleidung u. ä. Werbungskosten berücksichtigen also nur die Ausgaben, die sich aus den besonderen Umständen des Berufs notwendig ergeben. Dazu sind demgemäß nicht zu rechnen zum Beispiel Ausgaben zur Erhaltung der Gesundheit und der Arbeitskraft des Steuerpflichtigen.

Sonderleistungen

Zu den Sonderleistungen rechnen nach dem Einkommensteuergesetz folgende Ausgaben:

1. Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherung, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen,
2. Beiträge zu Sterbekassen,
3. Lebensversicherungsprämien,
4. Ausgaben des Steuerpflichtigen für die berufliche Fortbildung,
5. Kirchensteuer,
6. Gewerkschaftsbeiträge, Beiträge zu Arbeitskammern usw.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Sonderleistungen, die unter 1 bis 3 aufgezählt sind, auch die Zahlungen umfassen, die der Steuerpflichtige für seine Haushaltsangehörigen macht.

Für den steuerfreien Lohnbetrag werden im Jahre 720 M steuerfrei gelassen. Von dem Wochenlohn bleiben also 14,40 M und vom monatlichen Gehalt 60 M steuerfrei. Für Werbungskosten und Sonderleistungen bleibt ein steuerfreier Pauschsatz von 480 M jährlich frei. Das bedeutet, daß vom Wochenlohn 9,60 M und vom monatlichen Gehalt 40 M der Besteuerung nicht unterworfen werden. Zählt man den steuerfreien Lohnbetrag und den Pauschsatz für Werbungskosten und Sonderleistungen zusammen, so ergibt sich ein gesamter steuerfreier Betrag von 1200 M im Jahre, 100 M im Monat und 24 M in der Woche.

Nachdem der generelle Erstattungsanspruch wegen Lohnausfall den Lohnsteuerpflichtigen genommen ist, bleibt dem einzelnen nur noch die Möglichkeit, eine Erstattung aus Billigkeitsgründen zu erlangen. Diese Möglichkeit bietet sich ihm durch § 131 der Reichsabgabenordnung, der den Finanzämtern die rechtliche Handhabe dafür bietet, in einzelnen Fällen, in denen die Einziehung von Steuern nach Lage des einzelnen Falles unbillig wäre, die Erstattung der Anrechnung bereits entrichteter Steuern zu verfügen. Die Lohnsteuerzahler also, die im vergangenen Jahre besondere, ungewöhnliche Ausgaben wegen Krankheit und Unglücksfällen in der Familie oder sonstige schwere außerordentliche wirtschaftliche Belastungen hatten, können auf Grund des § 131 bei ihrem Finanzamt eine Lohnsteuererstattung beantragen. Es handelt sich hierbei allerdings nur um ein Billigkeitsgesuch. Der Antragsteller hat mithin keinen Rechtsanspruch auf die Erstattung. Werden solche Anträge abgelehnt, so gibt es keine Möglichkeit, die Erstattung dennoch durchzusetzen. Trotzdem sollte von dieser Möglichkeit ein weitgehender Gebrauch gemacht werden.

Der Weg der Erstattung ist jedoch nur ein Weg und noch nicht einmal der aussichtsreichste. Er hat außerdem den Nachteil, erst nachträglich, nachdem die Steuer bereits gezahlt worden ist, eine gewisse Erleichterung eintreten zu lassen. Diesen Nachteil hat die Erhöhung der steuerfreien Beträge für das Existenzminimum und für Werbungskosten und Sonderleistungen nicht. Denn wird eine solche Erhöhung durchgeführt, so gilt sie für den ganzen künftigen Steuerabschnitt und vermindert für diese Zeit den abzuführenden Steuerbetrag. An welche Voraussetzung ist die Erhöhung der steuerfreien Beträge gebunden?

Die Erhöhung kann immer dann beantragt werden, wenn die tatsächlichen Aufwendungen, die der Steuerpflichtige für Werbungskosten und Sonderleistungen macht, höher sind als der dafür festgesetzte steuerfreie Pauschbetrag, oder wenn der Steuerpflichtige mit gewissen außergewöhnlichen Belastungen rechnen muß, die im allgemeinen nicht eintreten. In diesen letzteren Fällen kann eine

Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums

(steuerfreier Lohnbetrag im engeren Sinne), das 720 M jährlich beträgt, beantragt werden. Wenn bei dem Arbeiter besondere wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen, die seine Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigen, wenn zum Beispiel eine außergewöhnliche Belastung durch Unterhalt und Erziehung (einschließlich Berufsausbildung) der Kinder vorliegt, oder wenn durch Krankheit, Körperverletzung, Unglücksfälle oder durch gesetzliche oder sittliche Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger besondere Ausgaben entstehen, so kann der steuerfreie Lohnbetrag vom Finanzamt erhöht werden. Es ist dazu nötig, daß der Steuerpflichtige einen Antrag einreicht, in dem er die Einzelheiten seiner besonderen Belastung nachweist, und, wenn möglich, durch Rechnungen, Quittungen oder sonstige Belege glaubhaft macht. Dem Antrag muß die Steuerkarte, die für diesen Zweck vom Unternehmer ausgehändigt wird, beigelegt werden.

Eine Erhöhung des Pauschsatzes für Werbungskosten und Sonderleistungen ist zugelassen, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß seine Werbungskosten und Sonderleistungen zusammen den Betrag von 40 M monatlich übersteigen. Wenn also zum Beispiel ein Steuerpflichtiger für Werbungskosten monatlich 25 M ausgibt, für Sonderleistungen dagegen nur 15 M, so erfolgt keine Erhöhung des Pauschsatzes, da die 40-M-Grenze von Werbungskosten und Sonderleistungen nicht überschritten wird. Erreichen dagegen die tatsächlichen Sonderleistungen den Pauschsatz von 20 M monatlich und betragen die Werbungskosten 25 M, so tritt eine Erhöhung des Pauschsatzes um 5 M monatlich ein.

Ergibt sich aus der Zusammenstellung der Werbungskosten und Sonderleistungen, daß der steuerfreie Pauschbetrag von monatlich 40 M durch die tatsächlichen Aufwendungen überschritten wird, so kann ein Antrag auf Erhöhung des Pauschsatzes an das Finanzamt gestellt werden. Diesem Antrag muß die Steuerkarte für 1932 beigefügt werden, der Antrag muß außerdem eine eingehende Aufstellung der tatsächlichen Aufwendungen und Sonderleistungen enthalten. Quittungen und sonstige Belege für diese tatsächlichen Aufwendungen sind nach Möglichkeit beizufügen, so daß die Angaben unbedingt glaubwürdig sind und sich Rückfragen vermeiden. Wird dem Antrag entsprochen, so erhält die Steuerkarte einen Vermerk über die höheren steuerfreien Werbungskosten und Sonderleistungen, die vor der Berechnung der Lohnsteuer vom Gesamteinkommen abzusetzen sind.

Kann der Steuerpflichtige die Höhe seiner tatsächlichen Aufwendungen nachweisen, so muß das Finanzamt diesem Antrag stattgeben. Gegen eine Ablehnung des Finanzamts hat der Lohnsteuerpflichtige die Möglichkeit, Einspruch einzulegen.

Zurück zur Gewerkschaft!

Den Artikel „Werben" in Nr. 51/52 der MZ möchte ich etwas ergänzen. Gewiß gibt es noch viele Metallarbeiter, die zu gewinnen sind als Mitstreiter für die „Demokratie des Proletariats". Die vorhandenen Kräfte mobil zu machen, sollte auch nicht so schwer sein. Doch dieses Bestreben findet allerhand Beeinträchtigungen. Zum Beispiel: Die enge Verbundenheit der Arbeiter miteinander, die erste Vorbedingung eines ersprießlichen Arbeitens für unsere Sache, hat in der Zeit nach der Revolution dadurch einen gewaltigen Riß mitbekommen, daß sich aus unseren Reihen eine „Arbeiteraristokratie" herausschälte. Der Opportunismus trat in Erscheinung. Dies erschwerte einerseits die gewerkschaftliche Werbearbeit und bestimmte andererseits viele Arbeiter, sich von der Gewerkschaft abzuwenden. Welche Bedeutung man auch immer diesen Dingen geben mag, unseren Führern kann man die Schuld dafür nicht allein zuschreiben. Wir Arbeiter tragen selbst die Schuld daran. Wir warfen die Flinte ins Korn und kümmerten uns zu wenig oder gar nicht mehr um unsere Sache, oder machten nur noch in „Politik". Zu einem „Reinigungsprozeß" war die Mehrzahl von uns nicht reif. Die Indifferenten ließ man unbearbeitet, einige wenige suchten nach einem neuen Zusammenschluß außerhalb ihrer alten Organisation. Dann sah ein großer Prozentsatz der organisierten Kollegen in der Gewerkschaft kein Kampforgan mehr, sondern eine „Versicherung" für die verschiedensten Lebensnöte. Und so ist es auch heute noch. Die „wohlerworbenen Rechte" zu hüten, ist Hauptzweck geworden. Alles andere tritt bei diesen Kollegen kaum noch in den Vordergrund. Diese Tatsachen sind nicht fortzuleugnen.

Gelegentlich wird durch Schimpfen dem Unwillen Luft gemacht, und damit glaubt man seine Arbeit getan zu haben. Hier kann ich wohl einflechten, daß auch ich eine Zeit in diesem Kreis gestanden habe. Was mich aber zu unserer Organisation zurückgeführt hat, ist die Einsicht, daß das falsch ist. Das Ziel muß und kann die Arbeiterschaft in einer geistig wie organisatorisch geschlossenen Front erreichen. Und ehe nicht eine solche Einheitsfront erreicht ist, können alle Bestrebungen von nur wenigem Erfolg gekrönt sein.

Immer mehr wird uns das bereits Errungene vom Unternehmer wieder abgenommen. Er stößt dabei nicht auf den nötigen Widerstand. Er hat unsere Schwächen und Mängel schon längst erkannt. Werden wir uns nicht bald, aber recht bald wieder mehr auf uns selbst besinnen, stehen wir eines Tages wieder gänzlich unter der Knute der Ausbeuterklasse. Die Bestrebungen von „rechts" lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Wir müssen für unsere Bestrebungen mindestens soviel Interesse aufbringen wie für ein sonntägliches Fußballspiel.

Laßt uns die Berechtigung erwerben, Kritik zu üben an den Arbeiten unserer Beauftragten. Wir müssen das Murren verstummen lassen. Oder denkt jemand, man würde uns freiwillig Freiheiten einräumen? Also dann auf, Kollegen, die ihr noch abseits steht, hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Und wir, die drinnen sind, wollen uns gegenseitig wachrütteln. Ist dieses geschehen, dann fangen wir mit dem Nächstliegenden an. Dies wäre, uns mehr Wissen anzueignen, unter anderem, uns mit der marxistischen Lehre mehr vertraut zu machen. Das mag anfangs langweilig erscheinen, aber ich glaube, je mehr man sich mit der Materie vertraut macht, desto mehr steigt das Interesse, und wir werden bald erkennen, wie notwendig es ist, ein gutes geistiges Rüstzeug zu besitzen.

Um Vorgenanntes in die Tat umzusetzen, bedarf es der Schaffung von Schulungszirkeln. Selbstverständlich rege daran teilnehmen. Geeignete Lehrer werden wohl in unseren Reihen zu finden sein. Lesestoff ist in der Verbandsbibliothek zu finden, Fehlendes kann leicht zugeschafft werden. Weiter haben wir die Aufgabe, uns mit der Zusammensetzung und dem Aufbau der Gewerkschaft zu befassen, die mit der Durchführung der von uns gefaßten Beschlüsse betraut ist. Mängel sind abzuschaffen, Neuerungen einzufügen. Alle Einzelheiten hier aufzuführen, würde zu weit führen. Eins möchte ich noch herausgreifen:

Die Verbandsbeiträge sind in mancher Klasse nach dem heutigen Verdienst zu hoch bemessen. Dieser Umstand in Verbindung mit dem hohen Einschreibebetrag trägt viel dazu bei, die Kollegen vom Beitritt zum Verband abzuhalten. Stimmt das etwa nicht? Der zuständigen Verbandsstelle möchte ich empfehlen, Vorgenanntes einer Prüfung zu unterziehen und baldige Herabsetzung anzuordnen. Dann geeignetes Schriftenmaterial in Umlauf zu bringen, das auch den außerhalb unserer Reihe stehenden Kollegen zugänglich ist. (Geeignete Schriften bringt unser Verlag jetzt genug in Umlauf. Es gibt kaum noch eine Tagesfrage, zu der unser Verlag nicht eine kurze, wirksame Schrift herausgibt. Sich an ihn wenden; er wird gerne dienen. Schriftleitung.) Dies alles würde das Werben schon erleichtern. Also, Kollegen, nun an die Arbeit. Alle müssen mithelfen. J.

Dir, Kampfgenosse!

Manchmal wird man müde und klappt zusammen,
Erlischt, statt zu flammen.
Schweigt, wo man Antwort wußte,
Wankt, wo man stehen mußte,
Weicht, wo man stürmen sollte,
Bangt, wo man stark sein wollte,
Kann weder lieben noch hassen,
Nur müde geschehen lassen. —

Die Welt wird einem zum fremden Sterne.
Alles sieht man nur wie von ferne.
Wunder: einmal gehörte man dazu,
Jetzt: erstorben in kraftloser Ruh'.
Doch das Leben peitscht einen mit Haß und mit Liebe
Zurück, und weh' dem, der abseitig bliebe!
Er wäre verloren, er lebte zum Schein!
„Prolet" heißt: zum Kampfe Geborener sein!

Tutt, ein Wirker.

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750—6753

Mit Sonntag, dem **24. Januar,** ist der **5. Wochenbeitrag** für die Zeit vom **24.** bis **30. Januar 1932** fällig.

•

Häufig werden Anfragen oder Beschwerden einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

•

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Kassel:

Der Schmied Johannes Kühlborn, geb. am 18. Juli 1897 zu Kirchhof, Mitgliedsbuch Nr. 3 437 384, wegen Schädigung des Verbandsinteressen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.)

Hamburg, Rothenbaumchaussee 20

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Dezember 1931

Krankenkasse:

Einnahmen	56 706,14 M
Ausgaben	96 090,69 „
Mehrausgaben	39 384,55 „
Kassenbestand am 1. Dezember 1931	2 051 307,34 „
Kassenbestand am 31. Dezember 1931	2 011 922,79 „

Sterbekasse:

Einnahmen	34 539,77 M
Ausgaben	36 528,57 „
Mehrausgaben	1 988,80 „
Kassenbestand am 1. Dezember 1931	1 765 474,75 „
Kassenbestand am 31. Dezember 1931	1 763 485,95 „

Kollegen aller Berufe! Schützt euch und eure Familie im Krankheitsfalle vor Hunger und Not und tretet in die Metallarbeiterkrankenkasse ein. Folgt nicht den Lockungen der Agenten der bürgerlichen Versicherungen, wo ihr nur zu zahlen, aber nichts zu sagen habt. Bewahrt euch vor Schaden dadurch, daß ihr euch nur bei euren eigenen Unternehmungen versichert. Heute ist die Notwendigkeit der Zugehörigkeit zu einer guten Zuschußkasse dringender denn je; denn der bei den Pflichtkassen erfolgte Abbau kann nur durch die Leistungen der Zuschußkassen wieder ausgeglichen werden. Im Jahre 1880 von Arbeitern gegründet, besitzt die Kasse heute über 1000 Verwaltungsstellen, die sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken. Der Beitritt kann bei den örtlichen Verwaltungsstellen jederzeit erfolgen, oder man wende sich an die Hauptverwaltung: „Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.), Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 20."

Hamburg, im Januar 1932 **Der Vorstand**

Adolf Gentz Jubilar

Am 25. Januar sind 25 Jahre verstrichen, seit Adolf Gentz in den Dienst der Ortsverwaltung Nürnberg trat. Der Jubilar steht heute im 61. Lebensjahr und ist in Kyritz (Brandenburg) geboren. 1891 fand er in Nürnberg den Weg zu unserem Verband, war bald auch ehrenamtlich tätig. Bei seinem Eintritt in das Angestelltenverhältnis wirkte er als Hilfsarbeiter, später wurde seine Kraft in der Kasse verwendet. Wir wünschen dem Jubilar das Beste für sein ferneres Wirken und Leben!

Jubilarfeiern

Die Verwaltungsstelle Mallmitz beging die Feier ihres 25jährigen Bestehens. Geschäftsführer Kollege Kuhnt sprach Worte der Begrüßung. Nach einem Gesangsvortrag des hiesigen Arbeitergesangvereins sprach Jungkollege Scholz den Prolog. Die Wünsche des Vorstandes und der Bezirksleitung vermittelte Kollege Knorr, Breslau. In seiner Ansprache gedachte er des 40jährigen Bestehens des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Gründung der Verwaltungsstelle Mallmitz, die im Jahre 1906 mit 124 Mitgliedern ins Leben trat. Heute zählt die Verwaltungsstelle über 1000 Mitglieder. Besonders wurde der Kollegen gedacht, die nun als Jubilare 25 und mehr Jahre dem Verband angehörten. Ihnen und ihren Frauen gebührt Dank, daß sie im schweren Daseinskampf den Verband vorwärts gebracht haben. Den 21 Jubilaren wurde ein silbernes Verbandsabzeichen und eine kleine Geldspende überreicht. Kollege Beyer, Mallmitz, dankte im Namen der Jubilare. Bei dem folgenden Festprogramm wirkten die Arbeitersportvereine mit. Die kleine Gruppe der Metallarbeiter-Jugend erfreute mit dem sinnvollen kurzen Spiel „Grenzenlose Erde". Allen Mitwirkenden sei hierdurch nochmals gedankt.

*

Die Verwaltungsstelle Bendorf ehrte in Niederlahnstein ihren Jubilar Jakob Schladt. Der Jubilar ist Mitbegründer der ehemaligen Verwaltungsstelle Niederlahnstein, deren Kassierer er viele Jahre ehrenamtlich war. Kollege Rebber gedachte in einer Ansprache der uneigennützigen Tätigkeit unseres Jubilars und stellte ihn der Jugend als nachahmenswertes Beispiel hin. Kollege Schladt, dem die Ehrenurkunde und Nadel überreicht wurde, schilderte die Entwicklung unseres Verbandslebens im allgemeinen und das der Verwaltungsstelle Niederlahnstein im besonderen. Ein fröhlicher Tanz hielt die Kollegen und Freunde noch lange beisammen.

*

20 Kollegen der Verwaltungsstelle Urberach konnten als Jubilare geehrt werden. Die schlichte Feier war gut besucht. Die jüngeren Kollegen erfreuten durch Stellung von sieben lebenden Bildern. Durch Begleitworte wurde zum Ausdruck gebracht, welche Macht die Arbeiterschaft darstellt, wenn sie einig und geschlossen zusammenwirkt. Ein Prolog, von einer Kollegin gesprochen, fand Anklang. Der Bevollmächtigte, Kollege Sulzmann, gedachte in ehrenden Worten der Treue und Opferbereitschaft der Jubilare.

Ein langsam sterbender Staat

Es sind elf Jahre her, seit Danzig aufgehört hat, preußisches Staatsgebiet zu sein. Im Vertrage von Versailles mußte Deutschland auch auf ein Gebiet Westpreußens von 1966 Quadratkilometer mit 400 000 Einwohnern verzichten, das „Freie Stadt Danzig" heißt. Dieser Staat, unter den Schutz des Völkerbundes gestellt, ist er im Innern frei mit eigener Verwaltung und Gesetzgebung, nach außen an allen Gliedern gefesselt. Polen vertritt die Stadt in allen auswärtigen Angelegenheiten und hat außerdem in der „Freien Stadt" bestimmte Rechte, die es ihr in allen Zweigen der Wirtschaft jederzeit gestatten, „freien Zugang zum Meere" zu nehmen. Dieser „freie Zugang zum Meere" hat sich in der Praxis dahin ausgewirkt, daß Polen in Danzig eigene Post- und Telegraphenverwaltung besitzt, den Hafen von Danzig zur Hälfte verwaltet, die Eisenbahnen und alle Wasserwege bewirtschaftet, am Eingang zum Danziger Hafen eine Militärstation besitzt und einen besonderen Munitionshafen zur Verfügung hat.

Der nun schon über sechs Jahre währende deutsch-polnische Wirtschaftskrieg mit seinen wahnsinnigen Zollmauern und Kampftarifen verhindert auch jede wirtschaftliche Befruchtung Danzigs durch die deutsche Wirtschaft. So lebt Danzig von dem, was ihm Polen zuteilt. Der höchste Warenumschlag im Danziger Hafen war 8½ Millionen Tonnen, zu einer Zeit, als der Gdinger Hafen noch nicht ausgebaut war. Zu dieser Zeit waren im Handel und Verkehr rund 30 000 Personen oder 24 vH der gesamten Arbeitnehmer beschäftigt.

Die Land- und Forstwirtschaft beschäftigte 37 000 Personen oder rund 33 vH aller Arbeiter. Der restliche Teil der Arbeiterschaft verteilt sich auf die Industrie und das Handwerk. Arbeitslose hatte Danzig 1924 4388 oder 3,5 vH. An staatlicher Erwerbslosenunterstützung wurden in diesem Jahre 1¾ Millionen Gulden ausgegeben. Am Schlusse des laufenden Jahres dagegen hatte der Freistaat 33 000 arbeitslose Staatsbürger zu ernähren, zu denen noch viele tausende Wohlfahrtsunterstützte kommen, so daß fast jeder dritte Danziger Arbeitnehmer zur Zeit ohne Beschäftigung ist.

Die Ursachen dieses Elends liegen nicht allein in der Weltwirtschaftskrise, sondern sind vielmehr in der Hauptsache in dem unglücklichen Verhältnis der freien Stadt zur Republik Polen begründet. Da ist zuerst das Währungsproblem. In dem Staatsvertrage Danzigs mit Polen von 1920 haben sich beide Staaten verpflichtet, auf Antrag einer Partei in Verhandlungen einzutreten, um ihre Währungen zu vereinheitlichen. Dennoch haben sich beide Staaten eigene neue Währungen geschaffen. In Danzig wurde der Gulden, in Polen der Zloty eingeführt.

Der Umstand, daß das kleine Danzig höhere Valuta hat, als das viel größere Polen, kommt auf der Danziger Seite der Handelswelt, auf der polnischen der Landwirtschaft zugute. Der Warenbezug der Danziger Wirtschaft erfolgt fast ausschließlich aus Polen, und die Waren werden mit Zlotypreisen eingekauft, jedoch als deutsche Waren nach deutschen Preisen verkauft. Den Schaden dabei hat der Danziger Verbraucher. Solange er kauf- und zahlungsfähig war, ging es der Kaufmannswelt zwar nicht glänzend, aber immerhin gut. Jetzt, da die Kaufkraft geschwächt oder fast nicht mehr vorhanden ist, brechen die Geschäfte zusammen.

Umgekehrt macht sich die polnische Landwirtschaft die hohe Danziger Währung zunutze. Sie überschwemmt die Danziger Märkte mit ihren Produkten, die wiederum nicht zu Zlotypreisen, sondern zu Guldenpreisen abgesetzt werden. Dieses Geschäft geht zum Teil auch auf Kosten der Danziger Landwirtschaft, die nun in ihrem Existenzkampf von dem Staate geschützt wird, ohne daß die Staatshilfe der polnischen Konkurrenz Einhalt zu bieten vermag.

Die Danziger Unternehmer haben durch Beschäftigung der willigeren und billigeren polnischen Arbeiter sich von den höheren Danziger Tariflöhnen zu drücken versucht. Im Verlauf der letzten sechs Jahre haben sie 30 000 ausländische Arbeiter nach Danzig gelockt, und zwar 21 000 Polen, 7000 Reichsdeutsche und 2- bis 3000 andere. Der Hundertsatz der fremden Arbeitskräfte ist 24.

Danzig hat auf 125 000 Arbeitnehmer 33 000 eigene Arbeitslose und beschäftigt 21 000 Polen, von denen etwa 1000 laufend ohne Beschäftigung sind. Von den 7000 reichsdeutschen Staatsangehörigen sind 4- bis 500 laufend ohne Beschäftigung.

Der Miniaturstaat leidet an Überorganisation und unerhörter Kriegslast. 9000 Staatsbeamte alten königlich-preußischen Kalibers wurden bei Begründung des Staates übernommen. Diese Beamten haben das Recht, jederzeit in die reichsdeutschen Dienste zurückzutreten. Jedoch wird hiervon wenig Gebrauch gemacht, weil einmal die Gehälter in Danzig höher sind als im Reiche, zum anderen läßt sich in Danzig besser in Nationalsozialismus machen. Die Besoldungen verschlingen über 50 vH. aller Staatseinnahmen.

Unsinnigerweise wurden dem Freistaate über 150 Millionen Gulden an Reparationslasten auferlegt, die eine kernnationalistische Regierung auch schon mit 15 Millionen abgetragen hat, bis ein „marxistischer" Finanzsenator vor zwei Jahren die Streichung der ganzen Schuld durchsetzte. Zu diesen gewesenen Lasten kommen laufende Pensionen und Kriegsrenten an alle Personen, die durch Teilnahme an deutschen Kriegen Beschädigungen erlitten haben oder deren Väter gefallen oder verstorben sind und die in Danzig ihren Wohnsitz haben. Diese Lasten betragen jährlich 16 Millionen Gulden oder 20 vH des Staatsbudgets.

Zu allem Unglück wurde dem Freistaat das „Heil des dritten Reiches" zuteil. Bei der Wahl zum Staatsparlament, dem „Volkstag", am 16. November 1930, zertrümmerte der Faschismus die bürgerlichen Mittelparteien, so daß die drei Jahre zuvor im Amte befindliche Regierung, bestehend aus Sozialdemokraten, Zentrum und Liberalen, keine Mehrheit mehr hatte und einer Hugenbergregierung unter dem „Volldampf" der Nazis Platz machen mußte. Unter dieser Regierung geht es nun im Schnellschritt dem Abgrund zu. Seit einem Jahre ist Danzig das Aufmarschgebiet der Hakenkreuzler, die die Austreibung der Juden und Vernichtung der Marxisten aufgenommen haben. Die Auswirkung des innerstaatlichen Kriegszustandes zeigt sich in einem starken Rückgang des Fremdenverkehrs und in einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen zu Polen. Zu dem schon bestehenden wirtschaftlichen Kampf kam der Boykott Danziger Waren in Polen hinzu. Der Völkerbund beschäftigte sich bereits zweimal mit den Zuständen in Danzig und seiner schlechten Lage. Er wies die Regierung an, die innere Ruhe und Sicherheit wiederherzustellen und jede den Staat untergrabende nationalistische Propaganda zu untersagen. Statt nun gegen die Faschisten einzuschreiten, bekämpft die gegenwärtige Regierung die Arbeiterbewegung mit den brutalsten Mitteln.

Da die Nazis auch gute Schützlinge des Unternehmertums sind, so hat sich unter ihrem „Volldampf" die Kaufkraft der Löhne von 84,1 auf 60,75 gesenkt. Die staatliche Arbeitslosenunterstützung, die früher für die Dauer der Arbeitslosigkeit gezahlt worden ist, wurde auf 27 Monate beschränkt und die Gewährung von der Pflichtarbeit abhängig gemacht. In den ländlichen Bezirken wird sie zum Teil in Naturalien gewährt, wobei der Arbeitslose auf die Preisgestaltung keinen Einfluß hat. Trotz aller Drosselung geht der Pleitegeier im Schnellschritt einher, weil eben die Kaufkraft so geschwächt ist, daß nur die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse befriedigt werden.

Danzig ist in seiner jetzigen Lage ein langsam sterbender Staat, sein Verfall kann nur aufgehalten werden, wenn dem gegenseitigen nationalistischen Kampf ein Ende bereitet und ein verträgliches Verhältnis zwischen Polen und Danzig wiederhergestellt wird. Diesem Ziele dient ein gegenwärtig anhängig gemachter Volksentscheid zur Auflösung des Parlaments und Neubildung der Regierung. v. d. Nottlau.

Lebensunterhalt in europäischen Städten

Vor etwa zwei Jahren verlangte Henry Ford vom Internationalen Arbeitsamt die Kosten des Lebensunterhalts in verschiedenen Städten. Er wünschte diese Angaben, um, wie er verlautbaren ließ, seinen Arbeitern außerhalb Amerikas denselben Reallohn zahlen zu können wie in Detroit. Man erinnert sich noch, wie die Unternehmervertreter in Genf sich wild gegen die Vornahme einer derartigen Untersuchung wandten. Die lieben Profitgenossen witterten allerhand Unheil. Zum Glück erklärte sich eine amerikanische Körperschaft, der Twentieth Century Fund, bereit, die Kosten der Untersuchung zu tragen, so daß die Unternehmervertreter in Genf einen wichtigen Vorwand für ihren Widerstand weniger hatten.

Die Untersuchung ist sehr gründlich gemacht worden. Ihr Ergebnis ist, obwohl es sich auf den Januar 1931 bezieht und seitdem durch die Abkehr vom Goldstandard vieler Länder beeinflußt wird, sehr aufschlußreich. Das Arbeitsamt nahm für die Untersuchung nicht ganze Länder, sondern besonders gewählte Städte, und es versuchte in diesen Städten die Kosten des Lebensunterhaltes, den der Arbeiter in Detroit hat, herauszufinden. Von den europäischen Städten ergab Stockholm den höchsten Satz; hier ist der Lebensunterhalt so teuer wie in Detroit. In Manchester sind die Kosten nur 70 bis 74 vH des Detroiter Satzes, in Berlin von 83 bis 90 vH und in Paris von 80 bis 87 vH. Kopenhagen und Cork sind ebenfalls weit teurer als Manchester, Rotterdam und Warschau einige Punkte billiger, Antwerpen und Barcelona wesentlich billiger.

Jeder halbwegs Kundige weiß, daß das Herausfinden von vergleichswertigen internationalen Reallöhnen bedeutende Schwierigkeiten macht und daß sie mit Vorsicht verglichen werden müssen. Nichtsdestoweniger wird man erstaunt sein, zu sehen, daß beispielsweise in Berlin der Lebensunterhalt nur 10 bis 17 vH billiger ist als in Detroit, wo der Nominallohn das Vierfache der Berliner Sätze beträgt. Und da wurde immer schlankweg behauptet, in Amerika habe der Dollar nicht mehr Kaufkraft als eine Reichsmark, jedenfalls bedeutend weniger als ein Zweimarkstück. Wir haben in diesen Spalten seit Jahren auf diesen Irrtum hingewiesen auf Grund unserer persönlichen Erfahrung, die wir als Arbeiter in Amerika machten.

Kein Kanadier soll hungern

In Kanada hat die Arbeitslosigkeit gleichfalls erschreckenden Umfang angenommen. Auch dort sieht man einem äußerst harten Winter entgegen. Die Regierung ist indessen nicht geneigt, die Opfer der kapitalistischen Unfähigkeit in ihrer Not allein zu lassen. Darüber läßt der Arbeitsminister Gideon Robertson keinen Zweifel. Er hat jüngst der breitesten Öffentlichkeit bekanntgegeben, daß „in diesem Winter kein Kanadier hungern oder frieren soll". Und er läßt es nicht, wie mancher seiner Amtskollegen anderwärts, beim Reden bewenden, sondern tut das menschenmögliche, sein Wort wahrzumachen. Und zwar auf folgende Weise:

Die Arbeitslosenhilfe zerfällt in drei Teile, in die für den verheirateten Mann, den ledigen und für die Personen beiderlei Geschlechts, die körperlich unfähig sind zu arbeiten. Die verheirateten Männer werden in ihren Orten mit öffentlichen Arbeiten, wie Kanalisation, Brückenbau, Untergänge für Bahnkreuzungen und ähnlichem, beschäftigt. Die ledigen Männer werden in Lagern untergebracht zwecks Straßenbau, Urbarmachung von Wäldern und Verbesserung von Parks, außerdem wird Bauern Staatshilfe gegeben, die Leute mit Roden beschäftigen wollen. Die Arbeitsunfähigen bekommen direkte Unterstützung, aber nur in Waren.

Es müssen Arbeiten in Angriff genommen werden, die in den nächsten fünf Jahren beabsichtigt sind, und sie müssen von dem Arbeitsminister genehmigt sein. Gewerkschaftslöhne werden für alle Arbeiten gezahlt. Für die ungelernten (also hier selten organisierten) Leute sind die Löhne besonders festgesetzt. Sie schwanken, je nach der Größe des Ortes oder seiner Verhältnisse, zwischen 40 und 62 Cents (1,68 und 2,50 M) die Stunde. Die Zahlung der Gewerkschaftslöhne ist Vorschrift, und unter 40 Cents darf nirgendwo einem ungelernten Manne geboten werden.

Da, wie leicht verständlich, manche Gemeinden nicht alle ihre Arbeitslosen voll beschäftigen können, so ist eine Art Krümpersystem eingeführt. Um dies zu veranschaulichen, sei das Beispiel einer Gemeinde angeführt: Die bei den öffentlichen Stellen gebuchten Arbeitslosen wechseln ab. Ein verheirateter Mann ohne Kinder schafft monatlich 16 Tage, für jeden von ihm abhängigen Angehörigen wird ein Tag mehr gewährt, aber nicht über fünf Tage. Die Lohnzahlung findet in der hier angezogenen Gemeinde wöchentlich statt. Es wird von den Lohnempfängern erwartet, daß sie von diesem Geld einen Teil ihrer Miete entrichten.

Dreißig Tage nach dem Beginn einer solchen Beschäftigung kann der Mann, wenn er es benötigt, um eine Karte für direkte Hilfe einkommen. Diese Karte gibt dem Träger das Recht auf Nahrungsmittel, einschließlich Milch, genügend für eine Woche. Die Nährmittel können unter 20 ausgewählt werden. Als Entgelt für diese direkte Hilfe wird eine zweitägige Arbeit zu je fünf Stunden verlangt, und wenn Brennstoff benötigt wird, ist ein weiterer Tag Arbeit zu leisten. Diese direkte Hilfe (in Waren) wird gewährt, bis die Zeit wieder da ist, zu der regelmäßigen (Arbeitslosen-)Beschäftigung zurückzukehren. Die Zeit der direkten Hilfe dauert zwei, zuweilen auch drei Wochen, je nach der Beschäftigungsmöglichkeit der Gemeinde.

Die Arbeit, die für die direkte Hilfe zu verrichten ist, besteht in Straßenreinigung, Schneeschaufeln usw. Die Lebensmittelkarte wird in jedem Laden des Ortes angenommen, und wenn Klagen über Preistreiberei oder dergleichen bei der Behörde vorgebracht werden, kann der betreffende Ladeninhaber von der Belieferung der Arbeitslosen ausgeschlossen werden. Den arbeitsunfähigen Leuten und den hilfsbedürftigen Frauen werden diese Lebensmittelkarten von Woche zu Woche gewährt.

Diese Fürsorge durch nützliche Beschäftigung ist auch in rein gewerkschaftlicher Hinsicht zu begrüßen. Leute, die abseits von den Städten in Lagern zusammenkommen, organisieren sich. Sie zahlen einen geringen Beitrag und wählen sich Ausschüsse, die ihre Klagen und Wünsche vertreten. Die Organisationen schließen sich dem Kanadischen Gewerkschaftsbund an.

Die Mittel für die Hilfsmaßnahmen werden zur Hälfte von der Regierung gegeben, in den Rest teilen sich die Provinzen und Gemeinden. Mitunter hat die Regierung der Einfachheit halber die Finanzierung, Geldbeschaffung und den Einkauf für alle drei Körperschaften übernommen. Es ist eine Grenze von 700 000 Dollar gesetzt für jedes Projekt, wobei bestimmt ist, daß 50 vH von der Gesamtsumme auf Arbeit zu kommen hat und Handarbeit verwendet werden muß, wo immer es möglich ist. fk.

England nach Aufgabe der Goldwährung

Die Loslösung des Pfundes von der Goldwährung hatte in England keine Kreditkrise zur Folge. Während in andern Ländern, die an der Goldwährung festhalten und über große Goldschätze verfügen, wie in den Vereinigten Staaten und Frankreich, das Mißtrauen der Bevölkerung zu Abhebungen bei den Banken und zur Hamsterung von Banknoten führte, blieb England bisher von diesen Erscheinungen verschont, ja die Verängstigung der Kapitalbesitzer im Ausland bewirkte vielfach, daß Kapitalien, die englische Kapitalbesitzer nach dem Ausland verschoben hatten, nach England zurückkehrten. Trotzdem ist eine Belebung auf dem Kapitalmarkt und in der Anlagetätigkeit bisher nicht zu verzeichnen. Auch blieben Baugewerbe, Maschinenindustrie, Eisenbahnen weiter in ungünstiger Lage. Die Arbeitslosigkeit in diesen Gewerben ist noch weiter gestiegen.

Infolge der Kreditabziehungen des Auslandes muß der Diskontsatz hochgehalten werden. Die Verteuerung des Kredits ist mit ein Grund dafür, daß eine Konjunkturbelebung durch vermehrte Anlagetätigkeit bisher nicht erfolgte. Die Loslösung des Pfundes vom Gold wird zudem in verschiedenen Ländern nachgeahmt, oder aber es werden Gegenmaßnahmen getroffen, um die ungünstigen Folgen der Entwertung des Pfundes für das Ausland auszugleichen. Daraus entsteht überall und in England selbst eine Unsicherheit, die vor Kapitalanlagen zurückhält. Diese Unsicherheit besteht auch hinsichtlich der Ausfuhrsteigerung, die von England in Verbindung mit der Entwertung des Pfundes erwartet wurde.

Als Folge der Pfundentwertung hat sich die Lage in einigen wenigen Produktionszweigen allerdings erheblich verbessert. Vor allem in der Baumwollindustrie, wo die Belebung am größten war, außerdem in einigen Zweigen des Kohlenbergbaus, deren Ausfuhr anstieg, in der Motorenindustrie, in der Leinen- und Kunstseidenindustrie, zum Teil auch in der Wollindustrie. Auch stieg der Absatz einiger Walzwerksprodukte. Die Umsätze im Einzelhandel sind ebenfalls angestiegen, da in einem Teil der Bevölkerung die Entwertung des Pfundes zu Vermehrung der Anschaffungen für den Haushalt führte. Trotzdem stieg der allgemeine Preisstand erstaunlich wenig im Vergleich zur Entwertung des Pfundes im Ausland. Während letztere 20 bis 25 vH ausmachte, stieg der Großhandelsindex nach Aufstellung des Economist nur um 5 vH und blieb seit einiger Zeit auf diesem Stande stehen.

Trotz dieser günstigen Entwicklung des inneren Preisstandes hat sich das Pfund im Ausland in der letzten Zeit weiter verschlechtert, nachdem es kurze Zeit dank ausländischer Spekulation sich befestigen konnte. Dieser Vorgang wird verschiedentlich zu erklären versucht. Die üblichen Auslandseinkäufe der englischen Wirtschaft im Herbst lassen einen erheblichen Bedarf nach Auslandsgeld entstehen, der zurzeit dadurch stark erhöht wird, daß die Einfuhr in Erwartung kommender Schutzzölle nach dem Wahlsieg der konservativen Partei stark zunahm. Um die Zölle zu vermeiden, erfolgt eine Voreindeckung mit zollfrei eingeführten Waren im großen Umfang. Auch wird behauptet, die englische Regierung beabsichtige, den ihr von der amerikanischen und französischen Notenbank gewährten 50-Millionen-Kredit zurückzuzahlen, so daß der Erwerb von Auslandsgeld zu diesem Zweck ebenfalls dazu beitrug, auf den Pfundwert zu drücken. Eine Erleichterung der englischen Zahlungsbilanz konnte also bisher noch nicht in Erscheinung treten, im Gegenteil wurde ihr Defizit seit Loslösung des Pfundes vom Gold vorübergehend vergrößert.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die außerordentliche Ruhe und Besonnenheit, mit der die Entwertung der englischen Valuta von der englischen Bevölkerung aufgenommen wurde, die englische Wirtschaft vor schweren Störungen bewahrte, wenn auch im übrigen die weiteren Folgen der Pfundentwertung für England noch nicht abzusehen sind. Über die Pläne der Regierung zur Wiederherstellung der Goldwährung besteht noch keine Klarheit. Sie wird zweifellos wiederhergestellt werden, doch steht es dahin, in welchem Zeitpunkt, unter welchen internationalen Bedingungen und, im Vergleich zur früheren Goldparität, auf welcher Höhe die Wiederherstellung erfolgen soll.

Verchromung von Meß- und Arbeitswerkzeugen

Bekanntlich ist Chrom ein sehr hartes Metall; sein Härtegrad liegt je nach der Anwendung höherer Stromdichten und einer besonderen Zusammensetzung des Chromelektrolyten zwischen 9 und 10, der zwischen dem des Korundes und dem des Diamanten liegt. Unter diesen Umständen wird selbst ein Diamant den Chromniederschlag nur wenig ritzen. Die Untersuchungen mit dem Ritzhärte-Apparat haben ergeben, daß die Härtezahlen des Chromniederschlags gegenüber dem bestgehärteten Stahl im Verhältnis 22 : 7 liegen. Man hat deshalb in der Werkzeugindustrie sehr bald erkannt, daß besonders hoch beanspruchte Stahlteile, wie sie heute in der neuzeitlichen Technik verwandt werden, durch die galvanische Verchromung oberflächlich gehärtet werden, und hierdurch wird eine höhere Widerstandsfähigkeit gegen mechanische Beanspruchung erzielt.

Besonders hat man mit der Verchromung von Meß- und Arbeitswerkzeugen und solchen Stahlteilen, die einer dauernden, reibenden und gleitenden Beanspruchung ausgesetzt sind, in Amerika große Erfahrungen gemacht. Nach amerikanischen Berichten verchromen Ford Motors Co., General Motors u. a. sämtliche Kaliberdorne, Rachenlehren, Gewindelehren und Werkzeuge aller Art.

Aber auch in Deutschland hat man die Widerstandsfähigkeit und geringe Abnutzung verchromter Werkzeuge erkannt. Das Versuchsinstitut der Firma Robert Bosch AG in Stuttgart hat die Vorzüge verchromter Werkzeuge eingehend geprüft. Auch Sägeblätter, Feilen und Bohrer werden durch geeignete Verchromung vor einem zu schnellen Verschleiß geschützt. Eine deutsche Spiralbohrerfabrik verchromt ihre Spiralbohrer schon seit geraumer Zeit und hat sehr gute Erfolge erzielt.

Es besteht demnach kein Zweifel, daß die Verchromung zur Oberflächenhärtung von Sahl- und Eisengegenständen, aber ganz besonders in der Werkzeugindustrie, in einigen Jahren eine besondere Rolle spielen wird. Die Schichtdicke zur Gewährung einer genügenden Oberflächenhärtung schwankt zwischen 0,005 bis 0,015 mm. Dieser Niederschlag wird in einer halben Stunde bis einer Stunde bei 10 bis 12 Amp./qdcm erreicht. Durch die Aufbringung dieser dünnen Chromschicht können die Meßwerkzeuge ziemlich genau auf Endmaß kalibriert werden. Vielfach besteht die irrige Ansicht, daß man unterdimensionierte Meßwerkzeuge durch die Verchromung ohne jegliche Nacharbeit genau auf Maß plattieren kann. Es ist dieses ein Unding, selbst bei sorgsamster Kontrolle der Stromverhältnisse.

Um eine äußerst harte Chromschicht zu erzeugen, wird mit weit höherer Stromdichte und einer höheren Badtemperatur (40 bis 50 Grad Celsius) gearbeitet. Der Chromniederschlag muß äußerst festhaftend sein, denn sonst nützt selbst die beste Oberflächenhärtung nichts. Als Vorbereitung für die nachfolgende Verchromung eignet sich am besten die elektrolytische Entfettung, um eine fettfreie Oberfläche zu schaffen. Alsdann erfolgt ein Beizen der Stahlstücke in verdünnter Salz- oder Schwefelsäure, wodurch ein leichtes Anrauhen der Oberfläche erfolgt und sich der Chromniederschlag besser mit dem Grundmetall verankert. Besonders geeignet ist das Beizen von Chromlegierungsstählen mit Salzsäure, um oberflächlich das Chrom zu entfernen.

Auch eignet sich die anodische Behandlung der Stahlgegenstände im elektrolytischen Reinigungsbad, bestehend aus 1 Liter Wasser, 350 g Chromsäure und 35 g Chromsulfat. Die Einwirkungsdauer beträgt 10 bis 20 Sekunden bei 6 bis 8 Volt, einer Stromdichte von 6 bis 10 Amp./qdcm und einer Badtemperatur von 65 Grad Celsius. Durch die anodische Behandlung erreicht man die vollkommene Zerstörung aller Fette und Entfernung der Oxyde, so daß der Chromniederschlag unbedingt fest auf der Grundfläche haften muß.

Die Werkstücke werden an passenden Einhängevorrichtungen aufgereiht und ins Chrombad gebracht bei 40 bis 45 Grad Celsius, einer Badspannung von etwa 4 Volt und einer Stromdichte von 10 bis 15 Amp./qdcm. Man deckt kurze Zeit mit etwas höherer Stromdichte und reduziert dann den Strom für den Rest der Verchromungszeit. Die Verchromungszeit beträgt 45 bis 60 Minuten. Die Werkstücke müssen glatt und glänzend aus dem Chrombad herausgebracht werden. Besonders ist ein Anbrennen des Chromniederschlags an den vorstehenden Partien zu vermeiden, da dies Ungenauigkeiten bei Meßwerkzeugen verursacht und bei Schneidewerkzeugen an den Kanten, Spitzen oder Schneiden infolge Stromlinien-Verdichtung Knospenbildung eintritt. Diese Knospenbildung an den Schneiden, die mit dem bloßen Auge kaum sichtbar ist, verringert die Schnittfähigkeit und kann ein Abspringen des Chromniederschlags zur Folge haben. Eine zu lange Verchromung von Sägeblättern, Feilen, Bohrern und anderen Schneidewerkzeugen führt ebenfalls zu einer stärkeren Chromabscheidung an den Schneiden und Knospenbildung.

Nach der Verchromung erfolgt das Vergüten der Stahlstücke, um eine innige Verbindung vom Grundmetall mit dem Chromüberzug zu erzielen. Denn die enormen Wasserstoffmengen, die sich bei der Chromabscheidung entwickeln, verursachen eine wesentliche Härtung, die eine Neigung zum Abplatzen (z. B. durch die Verschiedenheit der Ausdehnungskoeffizienten vom Grundmetall und der Chromschicht) zur Folge hat. Die Wasserstoffaufnahme des ungehärteten Eisens beträgt das 110fache und die des Chroms das 500- bis 1000fache des Volumens.

Ein weiterer Fehler ist die Rissebildung im Chromniederschlag, die sich ungleichmäßig über die ganze Fläche bildet und ein Netzwerk ergibt, das die Oberfläche in unzählige, vieleckige Teilchen zerlegt. Derartige Risse können bereits im frischen Chromniederschlag vorhanden sein, und man geht kaum fehl, wenn man ihre Ursache in der fehlerhaften Zusammensetzung des Chrombades sucht. Sie können aber auch nach längerer Zeit auftreten und sind dann als eine Art von Ermüdungserscheinungen aufzufassen, welche durch das häufige Wechseln des aktiven und passiven Zustandes des Chroms zustande kommen und zweifellos ihre Hauptursache in der Sprödigkeit des Chromniederschlags infolge Wasserstoffüberladung haben.

Zur Überwindung dieser Schwierigkeiten wird die thermische Nachbehandlung der verchromten Gegenstände angewandt, um den Wasserstoff zu entfernen. Durch Erwärmung auf 200 Grad Celsius während 20 Minuten kann man dies völlig erreichen. Man kann zu dieser thermischen Nachbehandlung auch ein Bad von geschmolzenem Blei verwenden, da sich kein Blei an den verchromten Stellen ansetzt. Das gleiche Ziel erreicht man durch kathodische Zerstäubung im Vakuum mit Hilfe hochgespannter Ströme.

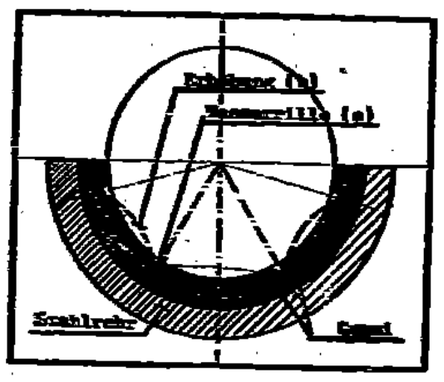
Besonders dünne Bohrer, Sägeblätter u. a. werden durch das Verchromen sehr hart. Es ist hier eine thermische Nachbehandlung unumgänglich, da sie infolge der Sprödigkeit leicht brechen.

K. Sch., Chemiker.

Gummilager bei Preßpumpen

In Marine Engineering & Shipping Age werden über die seit einigen Jahren auf amerikanischen Schiffen mit Erfolg verwendeten Lagerungen aus elastischem Gummi eingehendere Mitteilungen gemacht. Nachdem sich bei verschiedenen Maschinenanlagen, vor allem bei Pumpen, gezeigt hat, daß Gummi ein außerordentlich haltbares Material für Lagerungen darstellt, wurden von einer Firma weitgehende Versuche vorgenommen, um Gummilagerungen auch für schwere Beanspruchungen durchzubilden. Zu erwähnen ist hierbei, daß der Reibungskoeffizient zwischen Metall und Gummi außerordentlich gering ist, wenn eine starke Schmierung durch Wasser erfolgt. Bei trockenem Gummi ist der Koeffizient dagegen ziemlich hoch. Eine Schmierung mit Wasser — keinesfalls mit Öl, das ja den Gummi sehr schnell zerstören würde — ist also unbedingt notwendig. Ein weiterer beachtenswerter Hinweis ist der, daß in den Gummi ebenfalls Schmiernuten eingearbeitet werden müssen, und zwar in gleichem Verlauf und in gleicher Tiefe, wie solche im Lagermetall ausgeführt werden.

In nebenstehender Zeichnung sind die Schmiernuten als Wasserrillen gekennzeichnet. Zwischen den Wasserrillen (a) befinden sich die eigentlich tragenden Erhöhungen (b) in Form von geringen Wölbungen des Lagers. Die Welle liegt auf diesen Wölbungen auf und drückt sie im unteren Teil um ein geringes zusammen. Der Druck ist in der Mitte am größten und verringert sich nach den durchgehenden Rillen hin, die dadurch vollkommen für das Durchfließen des Wassers frei bleiben und so eine gute Schmierung bewirken. Der Wasserstrom muß mit einer bestimmten Energie durch die Wasserrillen (a) gedrückt werden. Dadurch werden Unreinigkeiten mit ausgespült; denn eingedrungene Fremdkörper werden nicht wie bei Metall- oder Pockholzschalen sofort zertrümmert — was natürlich häufig nur unter Beschädigung des Lagers oder der Welle, oder beider geschieht —, sondern pressen sich zunächst in den Gummi ein und werden dann allmählich der Schmier- oder Wasserrille zugerollt.



Zwischen der Welle und der Gummischicht befindet sich während des Betriebes eine ständige Wasserschicht, die von der drehenden Welle auch über die Punkte höchsten Druckes fortgezogen wird. Diese Art der Schmierung ist wegen der geringen Zähigkeit des Wassers von außerordentlichem Wert. Die Geeignetheit von Gummi für die Lager, die hohen Beanspruchungen ausgesetzt sind, erscheint an sich merkwürdig, ist jedoch erklärlich, wenn man bedenkt, daß der Gummi auch bei Automobilbereifungen außerordentlich starken Beanspruchungen ausgesetzt ist, wie sie kein Metall auch nur eine annähernd lange Zeit ertragen würde.

Es hat sich allerdings als notwendig erwiesen, daß die entstehende Wärme, die schon infolge der Reibung in der dünnen Wasserschicht auftritt, abgeführt werden muß. Dies geschieht am besten dadurch, daß man den zur Schmierung nötigen Wasserstrahl durch eine kleine Pumpe zuführt, so daß ständig frisches Wasser in das Lager gelangt. Die Welle zeigt nach jahrelangem Betrieb keinerlei Einriffung, sondern ist äußerst blank poliert, da ja jede der Welle schadende Verunreinigung sofort wieder durch den Wasserstrahl entfernt wird.

Gummilager sollen einen Druck von 25 bis 30 kg/cm² anstandslos vertragen und speziell auch für hohe und höchste Tourenzahlen erprobt sein. Gerade bei letzterem sollen die vorzüglichen Eigenschaften der Gummis, wie beispielsweise die fast restlose Abdämpfung der Schwingungen und Geräusche, besonders zutage treten.

Unter den bisherigen Ausführungen derartiger Gummilagerungen ist eine Lagerung auf einem amerikanischen Öltanker bemerkenswert, die jetzt im dritten Jahre in Betrieb ist und nach Ausweis der Besichtigung noch mindestens sieben Jahre halten wird. Vorher mußten Weißmetallagerungen dieser Schiffe mindestens dreimal im Jahre erneuert werden. Bei einigen anderen Gummilagerungen bei einem Fährschiff, das ebenfalls den höchsten Beanspruchungen ausgesetzt ist, zeigte sich nach einer Reiseentfernung von 35 000 Seemeilen, daß die Lagerungen nur etwa 1,5 mm im unteren Teil abgenutzt waren.

Ing. Paul Bleicher.

Prägt sich der Beruf im Gesicht wider?

Kann man aus dem Gesicht eines Menschen auf den Beruf des Menschen schließen? In vielen Fällen scheint uns das offensichtlich zu sein. Wir glauben, den Schiffer deutlich an der Gesichtsprägung zu erkennen. Auch den Bauern. Vielleicht auch viele andere Berufe. Manchem sieht man den Musiker direkt an. Einem anderen ist der Beruf des Schmieds an die Stirn geschrieben. Ein anderer ist der typische Beamte. Aber auch der Bergmann ist bereits zum Typ geworden. Das Gesicht des Bergmanns hat in der Regel einen bestimmten Charakter.

Wieweit sind nun solche Eigenschaften des Gesichts auch wissenschaftlich begründet? Gibt es vielleicht ganz bestimmte Gesichtstypen, die den Berufen entsprechen?

Eine Untersuchung im Sinne der Volkstumsforschung suchte dem nachzugehen, und wenn sich solche Untersuchung freimacht von Rassetendenzen, ist sie gewiß auch recht lehrreich und bedeutungsvoll. Aber das Ergebnis war diesmal ziemlich negativ. Es sollten Photographien von zehn verschiedenen volkstümlichen Berufen beschafft werden. Aber nur einige wenige Berufe fanden da ihren Ausdruck in eingesandten Photographien wieder. Damit hat die Untersuchung nicht einmal das darstellen können, was wir als Laien alle Tage im Leben feststellen.

Aber der Anfang ist gemacht. Gewisse Gemeinsamkeiten des Gesichtsausdrucks sind in dem einen oder anderen Berufe bereits offenkundig und deutlich erwiesen und gar in großen Linien festgelegt.

Aber dieser Gesichtsausdruck ist nicht nur äußerlich. Es handelt sich nicht nur um Haut und Augen und Furchen und Farbe. Das Gesicht prägt auch seelisch den Charakter der Berufe wider. Ruhig und ohne Erregung das Gesicht des Bauern. Verschlossen scheint hier der Mensch. Kühn und energisch der Schiffer. Gemütvoll der Schmied. Von großzügiger Gesinnung zeugt das Gesicht eines Musikers. Dagegen die Arbeiterfrau, die manche Jahre eines harten Lebens getragen hat, voll Erfahrung eines schweren Daseins, fast müde, freudlos.

Je mehr die Mechanisierung des Arbeitslebens zunimmt, umso weniger wird sich der Beruf des Menschen im Gesicht prägen. Aber daß er sich da ohne Zweifel prägte, das beweist, von welch einschneidender und formender Bedeutung die Umwelt für Gestalt und Seele des Menschen ist.

Sogar die Landschaft bildet den Menschen. Wie kann da auch nur ein Mensch das Bestimmende der Umwelt leugnen?

Und das ist ja die Auffassung des Marxismus, den man dennoch bekämpft.

Reform der Rechtschreibung

Seit Jahren bemühen sich die verschiedensten Kreise, auch in der Rechtschreibung dem Fortschritt die Wege zu ebnen. Die Buchdrucker, die sich von Berufs wegen täglich mit den Schwierigkeiten der amtlichen Rechtschreibung plagen müssen, haben Ende August auf dem Vertretertag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker diesen Fragen wieder besondere Beachtung zuteil werden lassen. Eine Entschließung, die zehn Punkte als „Erfurter Rechtschreibungsreform-Programm" enthält, wurde einstimmig angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die amtliche deutsche Rechtschreibung mit ihren verzwickten und verwickelten Regeln, den vielen Ausnahmen von diesen Regeln und den unbegreiflichen Widersprüchen in der Schreibweise . . . paßt nicht mehr in unsere Zeit, deren hochentwickelte Technik und veränderte Formenauffassung es dringend erfordert, ein so wichtiges Ausdrucksmittel der Sprache wie die Rechtschreibung wesentlich zu vereinfachen. Bei dem heutigen Stand des Buchdruckgewerbes bringt die geltende Rechtschreibung viele Widerwärtigkeiten im Produktionsgang. Durch Vereinfachung der Rechtschreibung wird im Schulunterricht auch die Zeit für notwendige Arbeitsgebiete frei. Als bald zu verwirklichende Mindestreform ist zu verlangen:

1. Kleinschreibung mit Ausnahme von Satzanfängen, geographischen und Eigennamen.
2. Beseitigung aller Doppelschreibungen.
3. Bedeutende Vereinfachung der Zusammenschreibungen zugunsten der Getrenntschreibung; keine Unterscheidung von sinnlicher und übertragener Bedeutung durch die Schreibweise.
4. Beseitigung der griechisch-lateinischen Sonderschreibung: ph wird f; th wird t; rh wird r; y wird i, wo es wie i gesprochen wird (zilinder, mirte); ch mit K-Laut wird k (karakter, krist, kronik). Die gleichklingende Lautverbindung chs, ks, cks und x ist in der Schreibung mehr zu vereinheitlichen (x darf nur in Fremdwörtern und Namen verwendet werden).
5. Lehnwörter aus dem Französischen werden der deutschen Schreibung angepaßt: schofför, schossee, redaktör, frisör; ebenso häufig gebrauchte Lehnwörter aus anderen Sprachen: kraulen (englisch crawlen), Faschismus (italienisch: fascismo), schi (norwegisch: ski) usw.
6. Beseitigung aller Vokalverdoppelungen, wo keine Mißverständnisse zu befürchten sind.
7. Beschränkung des Dehnungs-h auf die unbedingt notwendigen, vor Verwechslungen schützenden Fälle (z. B. in — ihn).
8. Vereinfachung der Apostrophregel (ich bleib; heilge; wenns möglich, rein, raus).
9. Durchführung der Trennung nach Sprechsilben: wa-rum, da-rum, mo-nar-chie, pä-da-gog.
10. Ausgleichung bestehender Rechtschreibformen: z. B. überschwang — überschwänglich (nicht: überschwenglich), abstinenzler — temperenzler (nicht: temperänzler), achse — axial. Besondere Buchstaben (z. B. für ng, sch) und Akzente für die deutsche Schrift sind abzulehnen.

Betrachtet man diese zehn Punkte eingehend, so kommt man zu der Überzeugung, daß hier Vorschläge gemacht werden, die bei einigem guten Willen leicht durchzuführen wären, und die allen Menschen, die irgendwie mit Schreibwerk zu tun haben, wesentliche Erleichterungen bringen könnten. Wer weiß, welch langer Vorbereitungszeit derartige Reformen bedürfen, der wird diesen Bestrebungen trotz der Zeiten Not sympathisch gegenüberstehen, weil er gleich den Vorkämpfern für eine vernünftige Rechtschreibreform zu der Auffassung kommen dürfte, daß hier wertvolle Vorarbeit geleistet wird für eine bessere Zeit, da sich die Reform der Rechtschreibung ohne Schwierigkeiten durchführen läßt.

A. G.

Schriftenschau

Der große Brockhaus. Der 9. Band des 20bändigen Handbuches des Allgemeinen Wissens liegt vor. Dieser Band umfaßt die Worte I bis Kas. Hierunter fallen sehr wichtige Gebiete. Wir nennen nur Industriebauten, Italien, Japan, Jugendbewegung und so weiter. Die Ausstattung des Brockhaus, der als Nachschlagewerk eine 125jährige Erfahrung aufzuweisen hat, ist bekannt. Wort und Bild sind sehr vorzüglich. Der Verlag hat sich um weitere Ausgestaltung des bildlichen Teiles bemüht. An die Stelle der unlebendigen Zeichnungen früherer Auflagen ist die meisterhafte photographische Aufnahme getreten. Vorbildlich zusammengestellt sind die Bildtafeln aus dem Gebiet von „Wirtschaft und Technik" sowie aus dem Gebiet von Fabrikationsvorgängen. Umfassend ist die Kältetechnik dargestellt, ferner Gewinnung und Verarbeitung von Kaffee und Kakao, Herstellung von Produkten aus Kakao, Schokolade usw. Trotz der Zeitschwierigkeit setzt der Verlag seine Bemühungen fort. Die Preise sind um 10 vH herabgesetzt worden. In Ganzleinen gebunden 23,40 M, bei Rückgabe eines alten Lexikons nach den festgesetzten Bedingungen 21,15 M. Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig C 1.

Lest die „ENERGIE"

Elektromeister- und Radiofernschule
Prospekt 8 frei. Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmsaue 5d

Sequelle Nervenschwäche (Impotenz) behebt man am einfachsten durch den aus den wirksamsten, die Sexualnerven anregenden und kräftigenden Kräutern gepreßten Herbaria-Kräutersaft Nr. 82. Er regt die erschlafften Sexualnerven zu neuer Tätigkeit an und führt ihnen neue Kräfte zu. Jeder Verbraucher ist erstaunt über die gute Wirkung. Flasche nur 3.— ℳ, Kurzeitung mit 10 Fl. 27.— ℳ franko Nachnahme durch das Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg SN 304, Baden. Auch in fester Form als Kapseln (Schachtel 5.— ℳ) lieferbar

Anzeigenverwaltung: „Werbe", G. m. b. H., Berlin SW 11, Stresemannstraße 48 — Postscheckkonto Berlin 3536 — Druckschrift: „Werbe-Blätter", Berlin — Verantwortlich für den Anzeigenteil: Paul Lange, Berlin SW 11
Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148